

# **Beschlussbuch**

Landesausschuss der NRW Jusos  
17. März 2024  
Oer-Erkenschwick



## Inhaltsverzeichnis

### LA - Neu zum Landesausschuss eingegangene Anträge

Bezeichner	Titel	Seite
LA01	Resolution: Alerta, Alerta in Europa! - Bei diesem Wahlkampf geht es um unsere Demokratie!	53
LA02	Arbeiter*innen haben nichts zu verlieren - außer ihre Lieferketten	56
LA04	Einführung einer Alarmsystem Software nach Vorbild des Amber Alerts zur Wiederfindung vermisster Kinder	60
LA06	Kein Anschluss unter diesem Ticket – Für Fahrgastrechte beim Deutschlandticket	61

## A - Arbeit und Soziales

Bezeichner	Titel	Seite
A04	Kritische Reflexion des Freiwilligen Sozialen Jahres: Nachhaltige Hilfe statt Voluntourismus	11
A06	„Don't forget about the price tag“- Steuerfreie Einmalzahlungen stoppen	15
A07	Im Tod sind wir alle gleich? – Die „Ordnungsbehördliche Bestattung“ von Armutsbetroffenen, billig und würdelos in den Tod	17
A08	Waisenrente reformieren – Finanzielle Sicherheit garantieren!	19

## **B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft**

Bezeichner	Titel	Seite
B03	So wie jetzt kann es nicht bleiben - Studierende mitdenken!	21

## F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

Bezeichner	Titel	Seite
F03	Schutz vor Gewalt? - für eine bessere Finanzierung von Frauenhäusern	25

## G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

Bezeichner	Titel	Seite
G03	Stärkung der Geburtshäuser	27
G06	Aufklärung, Diagnostik und Unterstützung bei der Behandlung von Lipödem	29

## I - Innenpolitik, Migration und Justiz

Bezeichner	Titel	Seite
I03	Rassismus raus aus unseren Behörden!	32
I04	Watch the Police not the People	35
I05	Klassenjustiz - Ein Problem, dem wir uns stellen müssen!	38
I06	Hands off my Hijab!	41
I09	Ankommen einfacher machen	43

## K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

Bezeichner	Titel	Seite
K01	Klimaschutz ohne Klassenkampf ist Gartenarbeit – Klasse und Klima in unserer kapitalistischen Gesellschaft	45
K03	Zeitenwende? Klimawende? Kommunikationswende!	51



## **M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur**

Bezeichner	Titel	Seite
M03	Mehr Kompetenzen für Kommunen – Reform des Straßenverkehrsrechts jetzt!	62

## O - Organisationspolitik

Bezeichner	Titel	Seite
004	Kinder- und Jugendschutz bei den Jusos	64

## W - Wirtschaft und Finanzen

Bezeichner	Titel	Seite
W02	Der Preis ist heiß - Preiskontrollen statt Profite!	66
W04	Nicht jedes saubere Geld ist geil - Geldwäsche in Deutschland einfacher als andersorts	68

## Antrag A04: Kritische Reflexion des Freiwilligen Sozialen Jahres: Nachhaltige Hilfe statt Voluntourismus

Sachgebiet: A - Arbeit und Soziales

1 "Wir brauchen neue Modelle, in denen wir Jung und Alt miteinander ins Gespräch  
2 bringen und die Überzeugung einüben, dass wir auch für andere da sein müssen" (Frank-  
3 Walter Steinmeier in Zeitonline: 2022)

4 Der Freiwilligendienst kann für viele junge Menschen eine Chance sein, sich  
5 kennenzulernen und auszuprobieren. Doch das FSJ in seiner heutigen Form bietet eine  
6 kapitalistische Früherziehung, statt Menschen die Möglichkeit zu geben, füreinander  
7 da zu sein. Zu jedem Zeitpunkt wird den Freiwilligen am eigenen Leib gezeigt, wie  
8 Ausbeutung funktioniert. Als jungsozialistischer Verband fordern wir Respekt für den  
9 Freiwilligendienst. Wir wollen, dass Freiwilligendienste attraktiv gestaltet sind  
10 und jungen Menschen Perspektiven und Anerkennung bieten. Freiwilligendienstler\*innen  
11 dürfen nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Erhält der  
12 Freiwilligendienst die nötigen Reformen und den Respekt, den er verdient, davon sind  
13 wir überzeugt, werden sich mehr junge Menschen für einen Freiwilligendienst  
14 begeistern. Die Einführung eines verpflichtenden Freiwilligendienstes ist ein Schlag  
15 ins Gesicht der jungen Menschen und wird von uns konsequent abgelehnt. Für die  
16 bessere Lesbarkeit sind im Folgenden die unterschiedlichen Dienste wie der  
17 Bundesfreiwilligendienst, das Freiwillige Ökologische Jahr oder das Freiwillige  
18 Soziale Jahr unter der Abkürzung FSJ zusammengefasst. Wir betrachten das Thema FSJ im  
19 In- und Ausland zunehmend mit großer Besorgnis. Wir sind der Überzeugung, dass es von  
20 entscheidender Bedeutung ist, einen kritischen Blick auf diese Praxis zu werfen und  
21 nachhaltige Hilfe zu fördern.

22 Das FSJ bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich nach dem Schulabschluss, dem  
23 Universitätsstudium oder der Berufsausbildung sinnvoll zu engagieren und anderen  
24 Menschen in Not zu helfen. Dabei kann es durch ein Durchbrechen der alltäglichen  
25 Bubbles neben der Persönlichkeitsentwicklung und Lebenswegfindung zum Instrument des  
26 gesteigerten Verständnisses und Zusammenhalt in der Gesellschaft werden. Wir erkennen  
27 den Wert und die Bedeutung des FSJ an, jedoch müssen wir auch die Schattenseiten  
28 benennen.

### 29 **"Volontouristen": Keine Freund\*innen und Helfer\*innen**

30 Wir sind zutiefst besorgt über die Praxis des "Voluntourismus", bei dem Freiwillige  
31 kurzzeitig in Entwicklungsländern aktiv sind, touristische Aktivitäten, wie das  
32 Erkunden von Sehenswürdigkeiten, aber im Vordergrund stehen. Diese Form des  
33 Freiwilligendienstes hat wenig mit nachhaltiger Entwicklung oder sinnvoller Hilfe zu  
34 tun. Es ist wichtig, dass wir uns nicht nur im globalen Süden, sondern auch vor  
35 unserer eigenen Haustür bewusst werden, dass solche "Voluntourismus"-Aktivitäten oft  
36 mehr Schaden als Nutzen anrichten. Die unzureichende Vorbereitung der Freiwilligen  
37 und die mangelnde Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse und Kompetenzen können zu  
38 Abhängigkeiten und Frustration führen. Darüber hinaus können kulturelle  
39 Missverständnisse, internalisierter Rassismus und eine fehlende Sensibilität  
40 gegenüber den örtlichen Gegebenheiten zu negativen Auswirkungen auf die betroffenen  
41 Gemeinschaften führen.

42 Unser oberstes Ziel ist es, den Fokus auf nachhaltige Hilfe und langfristige  
43 Entwicklung zu lenken. Freiwilligendienste sollten auf einer echten Partnerschaft mit  
44 den lokalen Gemeinschaften basieren, bei der ein Austausch von Wissen, Fähigkeiten  
45 und Ressourcen stattfindet. Sie müssen interkulturelle Kompetenzen entwickeln und  
46 sich der Herausforderungen vor Ort bewusst sein.

47 Es ist wichtig, dass Freiwillige eine ausreichende Zeit vor Ort verbringen, um eine  
48 tiefere Verbindung zu den Menschen und der Kultur aufzubauen und nachhaltige Projekte  
49 zu entwickeln.

50 Neben der Vorbereitung ist auch die Finanzierung solcher Freiwilligendienste im  
51 Ausland ein wichtiger Aspekt, der kritisch betrachtet werden muss. Ein staatlich  
52 gefördertes FSJ im Ausland wird durch Zuschüsse vom Bund und durch Gelder der  
53 Entsendeorganisation teilfinanziert. Die Einsatzstelle vor Ort übernimmt in den  
54 meisten Fällen die Kosten für Verpflegung und Unterkunft. Dennoch fordern einige  
55 Entsendeorganisationen von den Teilnehmenden den Aufbau eines Spender\*innenkreises.  
56 Diese Form der Finanzierung bedarf ebenfalls einer Diskussion über Alternativen, um  
57 sicherzustellen, dass der Fokus nicht auf kommerziellen Interessen liegt.

58 Wir appellieren an alle Akteure, einschließlich staatlicher Stellen,  
59 Entsendeorganisationen und Freiwilligen selbst, die Problematik des "Voluntourismus"  
60 anzuerkennen und sich für einen sinnvollen und nachhaltigen Einsatz im Rahmen des FSJ  
61 einzusetzen. Es ist von großer Bedeutung, dass junge Menschen ihre Energie und ihr  
62 Engagement auf eine Weise einbringen können, die tatsächlich dazu beiträgt, soziale  
63 Ungerechtigkeit zu bekämpfen und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

64 Zusätzlich ist es von Bedeutung, die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen und  
65 Gemeinschaften zu stärken. Freiwilligendienste sollten auf einer partnerschaftlichen  
66 Ebene stattfinden, bei der die Bedürfnisse und Visionen der lokalen Gemeinschaften  
67 respektiert und unterstützt werden. Dies erfordert einen offenen und respektvollen  
68 Dialog sowie die Anerkennung der lokalen Expertise und Ressourcen.

69 Nur durch eine bewusste Auseinandersetzung mit diesen Fragen können wir  
70 sicherstellen, dass die Idee des Freiwilligendienstes gewahrt bleibt und wir  
71 tatsächlich positive Veränderungen bewirken. Es ist an der Zeit, Verantwortung zu  
72 übernehmen und uns für einen ethisch verantwortungsbewussten Freiwilligendienst  
73 einzusetzen. Durch eine reflektierte Herangehensweise können wir einen echten Beitrag  
74 zur globalen Solidarität und Gerechtigkeit leisten.

75 **Freiwillige: Ausgebeutet qua Perfektion**

76 Im Bereich der Pflege, der Krankenbeförderung und ähnlichen Sektoren greift die  
77 allgemeine Überlastung auf Freiwillige über und sie werden zu Lückenfüller\*innen.  
78 Dies geschieht ungeachtet einer geeigneten Anlernung und mentalen Vorbereitung, wie  
79 für den Umgang mit dem Tod anderer Menschen. Ohne den Beitrag der Freiwilligen,  
80 würden systemrelevante Bereiche nicht funktionieren, dafür wird ihre Arbeitskraft  
81 noch stärker ausgebeutet als die der regulär Beschäftigten. Neben der Belastung für  
82 die Freiwilligen selbst untermauern die alltäglichen Praktiken die mangelnde  
83 Wertschätzung, was die betroffenen Branchen zu unattraktiveren potentiellen  
84 Arbeitgeber\*innen macht. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, gibt es nicht das  
85 eine Wundermittel. Ein Freiwilligendienst kann als Teil von vielen Maßnahmen  
86 Orientierung für junge Menschen bieten und sollte nicht durch abschreckende

87 Bedingungen dem ohnehin betroffenen Sozialen oder Gesundheitssektor weiter schaden.  
88 Im Inland ist es in den meisten Städten unmöglich, Miete und Lebensmittel mit dem  
89 sogenannten „Taschengeld“ zu bezahlen. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass für 40  
90 Stunden Arbeit und mehr pro Woche noch draufgezahlt werden muss, um zu überleben. Es  
91 geht nicht um Wohlstandaufbau oder luxuriöse Lebensstile, sondern um die Vermeidung  
92 von Armut im jungen Alter. Dies ist eine Frage von Respekt und Anstand, die die  
93 Sozialdemokratie nicht unbeantwortet lassen darf. Außerdem ist Mobilität eine  
94 Grundlage für die Teilhabe am Sozialleben, aber auch nötig für den Verkehr zur/von  
95 der Arbeitsstelle. Der bisherige Anspruch auf ein Azubi-Ticket ist mit dem  
96 Deutschlandticket nicht mehr zeitgemäß, es braucht eine Anpassung. Damit fördern wir  
97 nebenbei frühzeitig den ÖPNV und die grüne Mobilitätswende.

98 **Was jetzt passieren muss:**

99 Ein zentraler Aspekt für ein anticlassistisches FSJ ist die Übernahme der Wohnkosten.  
100 Wir fordern, dass die Wohnkosten der Freiwilligen von den Trägerorganisationen  
101 übernommen werden. Um eine gerechte Abdeckung sicherzustellen, sollte je nach  
102 Mietstufe ein fester Betrag pro Quadratmeter gezahlt werden. Auf diese Weise wird  
103 gewährleistet, dass die Freiwilligen angemessenen Wohnraum finden können. Des  
104 Weiteren plädieren wir dafür, einen jährlich an die Inflation angepassten  
105 einheitlichen Lebensmittelsatz einzuführen. Durch die Anpassung wird sichergestellt,  
106 dass die finanziellen Mittel den steigenden Lebenshaltungskosten gerecht werden. Eine  
107 weitere wichtige Forderung betrifft die psychische Vor- und Nachbereitung der  
108 Freiwilligen. Es ist von großer Bedeutung, angemessene Unterstützung und Ressourcen  
109 bereitzustellen, um die psychische Gesundheit der Teilnehmenden während ihres FSJ-  
110 Einsatzes zu bewahren. Vor dem Einsatz sollten die Freiwilligen auf mögliche  
111 Herausforderungen vorbereitet werden, während eine Nachbereitung ihnen hilft, ihre  
112 Erfahrungen zu verarbeiten und mögliche emotionale Belastungen zu bewältigen. Um  
113 sicherzustellen, dass die Freiwilligen angemessen auf ihre Aufgaben vorbereitet  
114 werden, fordern wir eine Anlernung nach branchenbezogenen Mindeststandards.  
115 Zusätzlich fordern wir, unabhängige Ansprechpartner\*innen über das Unternehmen hinaus  
116 zur Verfügung zu stellen. Dies gewährleistet, dass die Freiwilligen bei Problemen,  
117 Konflikten oder Missständen eine neutrale und unabhängige Unterstützung erhalten.  
118 Schließlich fordern wir ein kostenfreies Deutschlandticket für die Freiwilligen.  
119 Durch ein solches Ticket erhalten die Freiwilligen die Möglichkeit, zwischen der  
120 Arbeitsstelle und Einsatzstelle kostenfrei zu pendeln und das Land zu erkunden. Die  
121 Umsetzung dieser Forderungen trägt dazu bei, die Rahmenbedingungen und Unterstützung  
122 für die Freiwilligen im FSJ zu verbessern. Auch wollen wir das FSJ nach der 10.  
123 Klasse ermöglichen, damit FSJler\*innen danach entscheiden können, ob sie wieder in  
124 die Schule möchten oder etwa schon eine Ausbildung beginnen. Für ein FSJ, das im  
125 Ausland stattfindet, müssen die Regelungen für Minderjährige bedacht werden.

126 Gerade in Arbeiter\*innenregionen und Schul- und Bildungsstandorten, die von  
127 strukturschwachen Quartieren gekennzeichnet sind, beobachten wir, dass es auch hier -  
128 vergleichsweise - ein Ungleichgewicht in der Berufsorientierung gibt. Vor allem  
129 Arbeiter\*innenkinder und Kinder- und Jugendliche mit Migrationsgeschichte erfahren  
130 durch dieses Ungleichgewicht wieder einen strukturellen Ausschluss von  
131 Berufsorientierungsprozessen, die aber essenziell für die berufliche  
132 Weiterentwicklung sind. Das Ungleichgewicht führt auch zur einer Unterrepräsentation

133 im FSJ. Eine moderne und flächendeckend starke Berufsorientierung stärkt in diesem  
134 Falle marginalisierte Jugendliche und wirkt der Unterrepräsentation entgegen. Aktuell  
135 bleibt für ein „gap year“ nach der Schule und vor Ausbildung oder Studium vor allem  
136 die Bundeswehr als präsenste Alternative. Dies halten wir für falsch, unsere Jugend  
137 soll mehr als das Militär als beworbene Auswahlmöglichkeit präsentiert bekommen.  
138 Deren Zugang zu Schulen und Gaming-Messen oder der obligatorische Brief zur  
139 Volljährigkeit männlicher Jugendlichen darf von Einsatzmöglichkeiten im sozialen,  
140 ökologischen oder kulturellen Sektor nicht unbeantwortet bleiben. Deshalb sollten  
141 diese für ihre Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden.

142 Um ein "richtiges" soziales Jahr mit nachhaltiger Wirkung zu gewährleisten, könnten  
143 langfristige Patenschaften sicherstellen, dass die Auslandseinsätze nicht nur als  
144 „Voluntourismus“ wahrgenommen werden sondern auch nach dem Einsatz die Verbindung  
145 zur Einsatzstelle anhält. Die Verlängerung des Kindergeldanspruchs um mindestens zwei  
146 Jahre ist eine weitere wichtige Forderung. Das Kindergeld bietet zum einen vielen  
147 Menschen - ob in der Ausbildung oder im Studium - eine finanzielle Stütze. Zum  
148 anderen könnte die Verlängerung einen Anreiz für gesellschaftliches Engagement  
149 darstellen.

150 Aktuell engagieren sich nur halb so viele Männer wie Frauen in einem  
151 Freiwilligendienst. Um dies auszugleichen, sollte eine gezielte Sensibilisierung  
152 männlicher Bewerber erfolgen, um eine ausgewogene Geschlechterverteilung im FSJ zu  
153 erreichen.

154 Durch die Umsetzung dieser Forderungen kann das FSJ gerechter und nachhaltiger  
155 gestaltet werden, wodurch eine Integration der Freiwilligen in die Gesellschaft  
156 gefördert wird.

157 Das FSJ soll nicht nur die Freiwilligen, sondern auch den Zusammenhalt in der  
158 Gesellschaft und damit die Demokratie fördern. Dies ist aktuell nicht gegeben und  
159 wird auch nicht durch eine Verpflichtung erreicht. Es braucht respektvolle  
160 Konditionen!

## Antrag A06: „Don't forget about the price tag“- Steuerfreie Einmalzahlungen stoppen

Sachgebiet: A - Arbeit und Soziales

1 Im Herbst 2022 entstand im Rahmen der „konzertierten Aktion“, also einer gemeinsamen  
2 Runde aus Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter\*innen mit führenden  
3 Politiker\*innen, die „Inflationsausgleichsprämie“.

4 Der Staat erlaubt es damit Arbeitgeber\*innen 3000€, bis Ende 2024 steuer- und  
5 sozialabgabenfrei an die Beschäftigten auszuzahlen. Dies geschieht einmalig, ganz  
6 oder teilweise, als Prämie.

7 Da die Auszahlung für die Arbeitgeber\*innen freiwillig ist, zeichnete sich schnell  
8 folgendes Bild: Die Arbeitgeber\*innen machten die Auszahlung zum  
9 Verhandlungsgegenstand der vielen Tarifrunden 2022 und 2023 wie beispielsweise der  
10 Stahlindustrie, der Metall- und Elektroindustrie oder den Brauereien.

11 Steuer- und abgabenfreie Prämien lohnen sich für die Arbeitgeber\*innen aus zwei  
12 Gründen: Sie sparen bei der Auszahlung nicht nur die Sozialabgaben, sondern können in  
13 den Tarifverhandlungen die Forderung nach tabellenwirksamen Erhöhungen der Entgelte  
14 kontern.

15 Ein Tarifabschluss, der eine hohe Einmalzahlung beinhaltet, sorgt im Jahr der  
16 Auszahlung dieser Zahlung auf Arbeitnehmer\*innenseite für ein deutliches Brutto- und  
17 Nettoplus gegenüber einer herkömmlichen tabellenwirksamen Erhöhung.<sup>[1]</sup> Dies ist vor  
18 allem unter dem Aspekt einer zum Beispiel inflationsbedingten Preissteigerung ein  
19 Vorteil für Arbeitnehmer\*innen- besonders für kleine und mittlere Einkommen. Ab den  
20 darauffolgenden Jahren ist allerdings deutlich erkennbar, dass eine Einmalzahlung  
21 kein Ersatz für eine tabellenwirksame Entgelterhöhung ist.

22 Denn im Vergleich zu einer tabellenwirksamen Erhöhung, wächst das Brutto- und  
23 Nettogehalt durch eine steuer- und abgabenfreie Einmalzahlung nur temporär und  
24 Arbeitnehmer\*innen verlieren ihr Leben lang Geld. Als Partei der Arbeit und starke  
25 Kraft an der Seite der abhängig Beschäftigten ist für uns Jusos klar: Unsere Partei  
26 darf nicht dabei helfen tabellenwirksame Erhöhungen zu bremsen! Die Tarifautonomie  
27 gebietet uns, Einmalzahlungen als Teil von Tarifabschlüssen zu respektieren,  
28 allerdings wäre es unverhältnismäßig sie dauerhaft durch die Befreiung von Steuer-  
29 und Sozialabgaben zu bezuschussen. Tabellenwirksame Erhöhungen sind für uns immer das  
30 bevorzugte Mittel für eine gerechte Teilhabe der Arbeitnehmer\*innen am  
31 wirtschaftlichen Erfolg ihrer Arbeit.

32 Außerdem helfen Einmalzahlungen nicht überall: Als Jungsozialist\*innen nehmen wir bei  
33 unserer Perspektive auf Lohn und Arbeit auch diejenigen Beschäftigten in den Blick,  
34 die nicht gewerkschaftlich organisiert sind oder in deren Branchen die DGB-  
35 Gewerkschaften keine starke Kraft bilden. Diese Menschen erreichen die freiwilligen  
36 Prämien oft nur in kleinem Umfang- oder eben gar nicht, weil die Arbeitgeber\*innen  
37 unter keinem ausreichend großen Druck stehen, die Prämie auch tatsächlich  
38 auszuzahlen.

39 Die Auswirkungen der Einmalzahlung gehen aber noch weiter, indem sie Sozialsysteme  
40 und Haushalte schwächen: Kurzfristig sorgen die Steuer- und Abgabenfreiheit und



41 langfristig die geringeren Entgelte dafür, dass weniger Geld in den öffentlichen  
42 Kassen und Sozialsystemen zur Verfügung steht, wo es so dringend gebraucht wird.  
43 Einmalzahlungen lösen nicht das Problem der systematischen zu niedrigen Löhnen und  
44 Gehältern. Anstelle von Einmalzahlungen, die die Arbeitnehmerschaft kurzfristig  
45 zufriedenstellen, fordern wir Jusos faire Gehälter und Löhne, die Zeiten der Krisen  
46 und Inflation gerecht werden und entsprechend angepasst werden. Denn: Arbeit muss  
47 sich lohnen! Faire Bezahlung muss auf soliden Beinen stehen, die langfristig stabil  
48 sein.

49 Als Jungsozialist\*innen lehnen wir das Normalisieren von steuer- und abgabefreie  
50 Einmalzahlungen ab. Krisen dürfen Arbeitnehmer\*innen nicht ihr Leben lang verfolgen!

51

52 [\[1\] https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008551/p\\_ta\\_analysen\\_tarifpolitik\\_94\\_2023.pdf](https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008551/p_ta_analysen_tarifpolitik_94_2023.pdf)

## Antrag A07: Im Tod sind wir alle gleich? – Die „Ordnungsbehördliche Bestattung“ von Armutsbetroffenen, billig und würdelos in den Tod

Sachgebiet:

A - Arbeit und Soziales

1 Bereits zu Lebzeiten können Menschen mit Klassen- und Geldprivilegien ihre letzte  
2 Ruhe planen und Geld für den Fall des eigenen Versterbens zurücklegen. Für viele  
3 Menschen ist dies schon allein aus finanziellen Gründen nicht möglich. In diesem  
4 Zusammenhang ist laut der Kulturanthropologin Francis Seeck die Bestattungskultur  
5 einer Gesellschaft als eine Art Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse zu  
6 verstehen, in denen das Trauern und betrauert werden davon abhängig ist, wie viele  
7 finanziellen Mittel, Beziehungen und Vorsorge man als Mensch zu Lebzeiten aufbringen  
8 kann. Immer mehr Menschen betrifft durch zunehmende Altersarmut und steigende prekäre  
9 Beschäftigungsverhältnisse der anonyme Tod. Zum Teil erfahren Angehörige von  
10 armutsbetroffenen Menschen erst viel später vom Tod des Verwandten durch die  
11 Zahlungsaufforderung vom Amt und/oder können bei der vom Amt angeordneten  
12 ordnungsbehördlichen Bestattung nicht dabei sein und/oder erhalten keinen Zugriff auf  
13 die persönlichen Gegenstände des Verstorbenen, weil das Amt die Vernichtung jener  
14 bereits beauftragt hatte. Leicht scheint an dieser Stelle der Vorwurf, Betroffene  
15 haben eben nicht genügend vorgesorgt, anstatt eine menschenwürdige Bestattungspraxis  
16 kritisieren.

17 In Deutschland ist die Bestattungspraxis von Machtverhältnissen, insbesondere von  
18 Klassismus, geprägt. Arme Menschen werden, wenn Angehörige ihrer Bestattungspflicht  
19 nicht nachkommen können und/oder das Amt keine Angehörigen (wie oben beschrieben)  
20 ausfindig machen kann, ohne Grabstein, ohne Namen, ohne Trauerfeiern, ohne  
21 Blumenschmuck, in anonymen Gemeinschaftsgräbern, möglichst kostengünstig in  
22 Urnenbestattungen beigesetzt. Teilweise finden die Beisetzungen als  
23 Sammelbeerdigungen im Minutentakt statt, wie es im Berliner Bezirk Neukölln Praxis zu  
24 sein scheint. Des Weiteren werden häufig nur zu der klassischen Herkunftsfamilie  
25 gehörigen Personen über den Tod eines Angehörigen von den Ämtern informiert.  
26 Freundschaften oder andere soziale Bezüge werden nicht informiert.

27 Jedem Menschen sollte ein würdevoller Abschied unabhängig von seiner Klassenherkunft  
28 und/oder Klassenzugehörigkeit zu Teil werden. Zu einem würdevollen Abschied gehört,  
29 unter anderem ein Bestattungsritus entsprechend der Kultur der verstorbenen Person.  
30 Sollte die:r Verstorbene einer Glaubensgemeinschaft angehört haben so ist sie:r nach  
31 Tradition der jeweiligen Glaubensgemeinschaft zu beerdigen. Die schnelle, auf  
32 Kostenreduktion ausgelegte, anonyme, namenslose Bestattung von armutsbetroffenen  
33 Menschen in Gemeinschaftsgräbern ist menschenunwürdig.

34 **Daher fordern wir:**

- 35 • Das grundsätzliche Verbot von namenlosen, anonymen Bestattungen. Es sei denn  
36 die\*r Verstorbene hat sich eine anonyme Bestattung ausdrücklich vor seinem Tod  
37 gewünscht, eine Identifizierung des Leichnams ist nicht möglich oder es besteht  
38 die Gefahr, die Grabstätte würde zu einer extremistischen Pilgerstätte werden.
- 39 • Jedem Menschen soll ein würdevoller Abschied unabhängig von seiner  
40 Klassenherkunft und/oder Klassenzugehörigkeit zuteil werden und der Staat muss

- 41 hier Vorsorge treffen. Zu einem würdevollen Abschied gehört, unter anderem ein  
42 Bestattungsritus entsprechend der Kultur der verstorbenen Person. Sollte der  
43 Verstorbene einer Glaubensgemeinschaft angehört haben so ist er nach Tradition  
44 der jeweiligen Glaubensgemeinschaft zu beerdigen. Die schnelle, auf  
45 Kostenreduktion ausgelegte, anonyme, namenslose Bestattung von armutsbetroffenen  
46 Menschen in Gemeinschaftsgräbern lehnen wir ab. Dieses Verscharren von zu  
47 betrauernden Menschenleben empfinden wir als Verletzung der Menschenwürde und  
48 ist staatlich zu unterbinden.
- 49 • Ein Ende der aktuell im Rahmen der „ordnungsbehördlichen Bestattung“  
50 durchgeführten entwürdigenden Bestattungspraxis zugunsten der Einführung einer  
51 neuen Praxis nach oben beschriebenen Vorgaben, die armutsbetroffenen Menschen  
52 den Raum gibt, zu trauern.
  - 53 • Gleichzeitige Wiedereinführung des Sterbegeldes für armutsbetroffene und  
54 armutsgefährdete Menschen in einer realistischen Höhe, die den Raum für Trauer  
55 und eine menschenwürdige Bestattung nach oben beschriebenen Vorgaben bietet.

## Antrag A08: Waisenrente reformieren – Finanzielle Sicherheit garantieren!

Sachgebiet: A - Arbeit und Soziales

1 Der Druck aktueller Krisen lastet schwer auf unserer Generation und die Anzahl von  
2 jungen Menschen, die unter psychischen Problemen leiden, ist in den letzten Jahren  
3 stark gestiegen. Der Tod eines oder beider Elternteile ist eine traumatische  
4 Erfahrung. Diese Personen stehen vor besonderen Herausforderungen, sowohl emotional  
5 als auch finanziell. Eine wichtige Stütze für sie ist die Waisenrente, die ihnen  
6 finanzielle Unterstützung und Stabilität bieten soll. Jedoch sind das derzeitige  
7 System und die aktuellen Leistungen der gesetzlichen Waisenrente oft nicht  
8 ausreichend, um die Grundbedürfnisse zu decken.

9 Die gesetzliche Waisenrente soll sicherstellen, dass Waisenkinder bis zum Alter von  
10 27 Jahren eine finanzielle Absicherung erhalten, falls ein oder beide Elternteile  
11 verstorben sind. Jedoch gibt es bestimmte Voraussetzungen, um Anspruch auf diese  
12 Unterstützung zu haben. Eine davon ist, dass das verstorbene Elternteil mindestens 5  
13 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben muss. Die Höhe der  
14 Waisenrente richtet sich nach den Rentenzahlungen der Eltern. Bei der Halbweisenrente  
15 beträgt sie 10 % des Rentenanspruches des Versicherten, während sie bei der  
16 Vollweisenrente 20 % des höheren Anspruches beträgt. Zusätzlich wird ein Zuschlag  
17 gewährt, der von der Anzahl der Monate abhängt, in denen das verstorbene Elternteil  
18 in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat. Ein weiterer Aspekt ist die  
19 unzureichende Übergangszeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten. Momentan gewährt  
20 die Regelung lediglich eine Übergangszeit von 4 Monaten, beispielsweise zwischen dem  
21 Abitur und dem Beginn eines Studiums. Sollte diese Zeit aufgrund verschiedener Gründe  
22 länger sein, entfällt in diesem Zeitraum die Waisenrente. Dies stellt eine erhebliche  
23 finanzielle Unsicherheit für die betroffenen Waisenkinder dar, die auch in dieser  
24 Übergangsphase auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Des Weiteren werden  
25 Praktika nur dann als Ausbildung anerkannt, wenn sie gemäß der einschlägigen  
26 Ausbildungs-, Studien- oder Prüfungsordnung vorgeschrieben sind. Das bedeutet, dass  
27 ohne diese Praktika die Ausbildung oder das Studium nicht vollständig abgeschlossen  
28 werden kann, wie es beispielsweise im Medizinstudium der Fall ist. Bei Praktika  
29 anderer Art, die für persönliche Entwicklung und berufliche Laufbahn von Bedeutung  
30 sind, jedoch nicht den spezifischen Anforderungen der aktuellen Regelung entsprechen,  
31 entfällt die Waisenrente. Des Weiteren besteht ein Mangel an angemessener  
32 Unterstützung während des Antragsverfahrens. Der Prozess ist komplex, von  
33 bürokratischen Hürden geprägt und intransparent, was oft zu erheblichen Verzögerungen  
34 bei der Auszahlung der Waisenrente führt. Dies stellt eine zusätzliche Belastung für  
35 diejenigen dar, die auf diese finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

36 Die Mindestversicherungszeit von fünf Jahren stellt ein bedeutendes Problem dar,  
37 insbesondere im Falle junger, verstorbener Eltern. Oftmals haben diese Eltern  
38 aufgrund ihres jungen Alters noch nicht ausreichend lange in die gesetzliche  
39 Rentenversicherung eingezahlt, um die geforderte Mindestversicherungszeit zu  
40 erfüllen. Beispielsweise könnten sie sich noch in der Ausbildung oder im Studium  
41 befinden haben oder gerade erst in das Berufsleben eingestiegen sein. Da die  
42 Waisenrente jedoch von dieser Mindestversicherungszeit abhängig ist, sehen sich die

43 hinterbliebenen Kinder in einer prekären Situation, denn sie haben keinen Anspruch  
44 auf die finanzielle Unterstützung, obwohl sie ihre Eltern ebenfalls verloren haben  
45 und ebenso auf die finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Kinder von  
46 einkommensschwachen Familien sind durch das aktuelle System besonders betroffen, da  
47 sie durch die geringen Rentenzahlungen der Eltern nur einen geringen Anspruch haben  
48 und somit in prekäreren Verhältnissen leben. Die aktuelle Inflation und die dadurch  
49 resultierenden steigenden Lebenshaltungskosten führen zu einer zunehmenden  
50 Ungleichheit. Außerdem fallen durch den Tod eines Familienmitglieds eventuell noch  
51 weitere Care-Arbeit an, wodurch die zeitlichen Kapazitäten mehr Geld zu verdienen  
52 durch bspw. Minijobs begrenzt sind. Die derzeitige Begrenzung der Übergangszeit auf 4  
53 Monate zwischen Ausbildungsabschnitten spiegelt eine neoliberale Sichtweise wider,  
54 die voraussetzt, dass Sozialleistungen nur dann gewährt werden sollten, wenn man dem  
55 Staat einen unmittelbaren Mehrwert bietet und sich schnell in den Arbeitsmarkt  
56 integriert. Allerdings lässt diese Sichtweise außen vor, dass es zahlreiche Gründe  
57 geben kann, die dazu führen, dass jemand länger als 4 Monate ohne Ausbildung ist.

58 Diese Probleme verdeutlichen die Notwendigkeit einer umfassenden Reform der  
59 Waisenrente. Eine solche Reform wäre ein wichtiger Schritt, um die bestehende soziale  
60 Ungleichheit von Waisenkindern und für eine bessere Absicherung derer zu sorgen, die  
61 in einer ohnehin schon schwierigen Situation den Verlust ihrer Eltern verkraften  
62 müssen. Waisenkinder sollten die gleichen Chancen haben wie ihre Altersgenoss\*innen,  
63 unabhängig von ihrer familiären Situation.

64 Deshalb fordern wir eine Reform der Waisenrente, die Folgendes berücksichtigt:

- 65 • die Aufhebung der Mindestversicherungszeit von fünf Jahren.
- 66 • einen existenzsichernden Satz, unabhängig von den Rentenzahlungen der Eltern.
- 67 • Die Auszahlung der Waisenrente bis zum 27. Lebensjahr unabhängig von der  
68 Ausbildungssituation, ab dem 27. Lebensjahr abhängig von der  
69 Ausbildungssituation.
- 70 • eine vereinfachte Beantragung der Waisenrente, indem der Prozess transparenter  
71 und zugänglicher gestaltet sowie der Umfang der Antragsformulare reduziert wird.  
72 Zudem sollte eine effiziente Unterstützung bei der Beantragung und Klärung  
73 individueller Ansprüche gewährleistet sein.

## Antrag B03: So wie jetzt kann es nicht bleiben - Studierende mitdenken!

Sachgebiet: B - Bildung, Hochschule und Wissenschaft

### 1 Vergesst uns nicht schon wieder!

2 Viel zu oft werden Studierende im politischen Diskurs entweder gar nicht oder wenn  
3 überhaupt nur oberflächlich zu Wort kommen gelassen. Dabei sind Studierende ein  
4 wichtiger Teil der Zukunft - egal ob in unserer Partei, in unserem Land oder auf der  
5 ganzen Welt. Doch wie fast immer, wenn es um die Belange von jungen Leuten geht,  
6 werden diese von der Politik nicht ernst genommen. Genau das sieht man beispielhaft,  
7 wenn man sich die 200€ "Soforthilfen" anschaut. Genau die sind nämlich keine  
8 systematischen Fortschritte, die jungen Leuten tatsächlich helfen, sondern eine über  
9 Monate hinausgezögerte, viel zu gering ausfallende Unterstützung. Genau solche  
10 politischen Entscheidungen stellen keine Lösung für die Probleme von Studierenden  
11 dar. Für uns ist klar: die Lösung ist eine nachhaltig soziale Bildungspolitik, die  
12 vorhandene Strukturen klug anpasst.

### 13 NRW als Standort für dein soziales Studium?

14 "Ich möchte in NRW studieren! Da gibt es nicht nur meinen favorisierten Studiengang,  
15 sondern auch gute Campus, günstiges Essen in den Mensen, bezahlbaren und genügend  
16 Wohnraum und an jedem Hochschulstandort ideale Bedingungen zum Studieren." Schön wäre  
17 es ja, aber die Realität sieht anders aus. Denn in dieser hängt das Studium und der  
18 Verlauf dessen nicht nur vom Geldbeutel von dir und deiner Eltern ab, sondern auch  
19 von der eigenen Frustrationstoleranz und vor allem dem Standort.

20 Neben den bekannten Problemen, wie dem Fehlen von bezahlbarem Wohnraum in vielen  
21 Städten, gelten an vielen Hochschulen NRWs unterschiedliche Regelungen zu  
22 Studienverlaufsplänen und Prüfungsleistungen. Selbst beim oft belachten Abitur NRWs  
23 ist es deutlich einheitlicher - warum scheitert es dann an den Hochschulen?

24 Den sowieso schon zu hohen mentalen Druck für Studierende durch strikte  
25 Fehlversuchsregelungen nochmal immens anzuheben, sorgt nur für mehr Stress, starke  
26 Existenzängsten und gefährdet die psychische Gesundheit der Studierenden. Wir wollen  
27 nicht, dass man im Studium Burn- Outs dadurch erleidet, dass man sich denkt, man  
28 müsse eine Prüfung jetzt unbedingt bestehen - im besten Fall auch noch mit einer  
29 guten Note. Wenn der Druck zur Angst wird und man dann doch nicht zur Prüfung  
30 antritt, ist man auch noch gezwungen sich ein Attest zu besorgen. Und selbst den  
31 Hochschulen bringen solche Regelungen nichts Positives. Studierende und potenziell  
32 Studierende werden nur vergrault und mehr gestresst. So sinken letztlich die  
33 Studierendenzahlen und mit ihnen auch die finanziellen Mittel der Hochschulen selbst.

34 Trotzdem ist der studentische Kampf für Veränderungen ein oft aussichtsloser. An  
35 vielen Standorten ist es sogar einfacher, über Jahre hinweg jede einzelne  
36 Prüfungsordnung der Studiengänge mit ähnlichen Regeln zu versehen, als eine  
37 einheitliche Änderung in die Rahmenprüfungsordnung zu schreiben. Dabei ist allen  
38 bewusst, dass dieser Kampf auch viel Kraft kostet und deutlich länger dauert als eine  
39 Rahmenprüfungsordnung umzusetzen. Doch es gibt auch positiv Beispiele: An der  
40 Universität Bielefeld wurde bei der Reakkreditierung der meisten Studiengängen eine  
41 soziale Regelung für Prüfungsleistungs-Wiederholungsversuche eingebaut. So lassen

42 sich Klausuren nicht nur ohne Beschränkung bei nicht bestehen wiederholen, es gibt  
43 auch die Möglichkeit zur Verbesserung. Hierbei ist es wichtig, dass in allen Fällen  
44 die bessere Note zählt. Wir fordern, dass eine an diesem System orientierte Regelung  
45 in jede Rahmenprüfungsordnung der Hochschulen NRWs eingepflegt wird und wir so  
46 Studierenden eine große Schippe vom mentalen Druck nehmen.

47 Zu diesem mentalen Druck gehört auch die finanzielle Perspektive von Studierenden:  
48 "Wie finanzier ich mein Studium? Kann ich meine nächste Miete noch bezahlen? Und was  
49 esse ich heute Mittag eigentlich?" Bei all dem sollen die Studierendenwerke  
50 Ansprechperson sein. So schreiben die Studierendenwerke NRW auf ihrer Website: "Die  
51 deutschen Studierendenwerke sind zuständig für die Förderung der sozialen,  
52 wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden". Doch bei der aktuellen  
53 Inflation und dem Übertragen der Kosten auf die Studierenden beim Mensaessen und den  
54 Mieten in den Studierendenwohnheimen wird lediglich der wirtschaftliche Bankrott der  
55 Studierenden gefördert. Und auch wenn Studierende in den Aufsichtsräten der  
56 Studierendenwerke sitzen, ändert sich am Führungsstil oft zu wenig - schließlich hat  
57 man auch da keine Mehrheit mit der Meinung derer, die die Studierendenwerke nicht nur  
58 finanzieren, sondern auch deren Angebote tagtäglich nutzen.

59 Für uns ist klar: Die Studierendenwerke müssen durch ein 1:1 Modell ausfinanziert  
60 werden, die bisherige finanzielle Belastung wird zu einem überwältigenden Anteil von  
61 den Studierenden getragen und das Land NRW stiehlt sich aus der Verantwortung. Mit  
62 genügend finanziellen Spielraum werden so nicht nur die Studierenden finanziell stark  
63 entlastet, sondern es wird auch Raum für bessere & mehr Angebote geschaffen. Daher  
64 fordern wir die zeitnahe Ausfinanzierung der Studierendenwerke, damit NRW ein  
65 attraktiver Standort für Studierende wird.

66 Zu einem attraktiven Standort für ein Studium zählt auch das Angebot an öffentlichem  
67 Nahverkehr und dem Preis dessen. Je nach Hochschule zahlen Studierende mittlerweile  
68 auf den Monat gerechnet fast so viel, wie das Deutschlandticket aktuell kostet (49€)  
69 - das nur um in NRW den ÖPNV nutzen zu können. Doch selbst mit der Einführung des  
70 verbesserungswürdigen Deutschlandtickets und der Möglichkeit des monatlichen Upgrades  
71 werden für Studierende keine Chancen geschaffen, sondern nur Mehrkosten. Für viele  
72 stellt sich zudem die Frage, ob das Semesterticket in seiner jetzigen Form noch eine  
73 Existenzberechtigung hat. Dabei stellt gerade für junge Menschen, die im Studium und  
74 der Ausbildung nicht finanziell abgesichert sind, das Angebot von günstigem ÖPNV  
75 nicht nur ein "Nice-to-have", sondern eine Notwendigkeit dar. Daher fordern wir eine  
76 günstige Alternative zum Deutschlandticket für Studierende, Azubis & Schüler\*innen in  
77 NRW - wie ein 29€-Ticket. Wenn das Angebot dann endlich attraktiv genug ist, wird die  
78 Notwendigkeit vom Ausbau und einer verbesserten Taktung des öffentlichen Nahverkehrs  
79 auch offensichtlich. Dies soll aber nur als Übergangslösung dienen, weiterhin soll  
80 ein kostenloser ÖPNV für alle angestrebt werden.

### 81 **Jetzt oder nie - Zeit für einen studentischen Arbeitskampf!**

82 An deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten über 300.000  
83 Studierende auf Basis von Mini- und Midijob-Verträgen neben ihrem Studium als  
84 studentische/wissenschaftliche Hilfskräfte, Assistent\*innen und Tutor\*innen (kurz:  
85 Studentische Beschäftigte). Der Staat ist somit der größte Arbeitgeber für  
86 Studierende. Doch seit mehr als drei Jahrzehnten drücken sich die Landesregierungen  
87 darum, Studentische Beschäftigte – wie alle anderen Hochschulbeschäftigten auch –

88 nach Tarifvertrag zu beschäftigen. Nicht nur das, sie werden auch noch abgerechnet  
89 wie Sachmittel. Die einzige Ausnahme dabei stellt mittlerweile Berlin dar. Doch es  
90 ist und bleibt ein sozialpolitischer Skandal! Neben dieser Ausnahme – die  
91 weitreichende Konsequenzen hat – existiert eine Reihe weiterer  
92 beschäftigungspolitischer und arbeitsrechtlicher Missstände. So arbeiten studentische  
93 Beschäftigte mit Vertragslaufzeiten von durchschnittlich gerade einmal knapp 6  
94 Monaten. Rund 40% der Beschäftigten arbeiten mindestens zum dritten Mal auf ein und  
95 derselben Stelle in Folge. Ein System von Kettenbefristungen, das Studierende  
96 gegenüber den Professor\*innen in hoher Abhängigkeit hält.

97 Da wäre außerdem in zahlreichen Bundesländern die Ausnahme von der gesetzlichen  
98 Mitbestimmung und damit dem Recht, einen Personalrat zu bilden. Studentische  
99 Beschäftigte arbeiten so vielerorts in einer demokratiefreien Zone, was zu einer  
100 umfangreichen Nichteinhaltung von Arbeitnehmer\*innenrechten führt. So verschafft sich  
101 der Staat mittels seiner gesetzgebenden Macht einen exklusiven Zugriff auf die  
102 Arbeitskraft von Studierenden und macht sich durch diese zahlreichen Ausnahmeregel  
103 Studierende als billige und flexibel einsetzbare Masse an Arbeitskräften zunutze, die  
104 so am Ende den unterfinanzierten Hochschulbetrieb aufrechterhalten. Ignoriert wird,  
105 dass gute Lehre und Forschung nur mit guten Arbeitsbedingungen gehen, stattdessen  
106 werden die Missstände sogar mit „Qualifizierung“ begründet.

107 Wir sagen: Zeit, dass sich daran etwas ändert! Wir müssen die Initiative der TV Stud  
108 nicht nur leise unterstützen, sondern wortgewaltig und laut in unseren Landtag und  
109 den Bundestag bringen! Daher fordern wir die Tarifverträge für alle studentischen  
110 Beschäftigten in ganz Deutschland - ohne Wenn und Aber und möglichst schnell.

#### 111 **Krankenversicherung - Absicherung oder weitere Hürde im Studium?**

112 Die aktuelle Lage führt uns nochmal vor Augen: auch für Studierende ist jeder Cent  
113 wichtig. Mit dem Vollenden des 25. Lebensjahres erwarten Studierende aber keine  
114 Entlastung, sondern zusätzlich eine doppelte Belastung. Nicht nur, dass ab dem  
115 Zeitpunkt kein Kindergeld mehr gezahlt wird, gleichzeitig endet auch die  
116 Familienversicherung. Für uns als Jusos herrscht hier ein Mismatch: es fehlt  
117 Studierenden nicht nur Geld, es muss jetzt auch noch zusätzliches Geld gezahlt  
118 werden. Zwar gibt es einen Zuschuss im BAföG, doch dieser deckt nicht einmal den  
119 kompletten Beitrag zur Krankenversicherung. Zudem werden diejenigen, die immer noch  
120 kein BAföG bekommen oder Werkstudierende dabei außen vorgelassen. Daher fordern wir  
121 kurzfristig das Hochsetzen der Altersgrenze sowie eine Erhöhung der Einkommensgrenze  
122 auf 1.200 € für die Familienversicherung. Langfristig sollte das komplette System  
123 der Krankenkasse von Studierenden überarbeitet werden. So kommt es zu einer  
124 tatsächlichen Entlastung.

125 Die Altersgrenze muss an die Lebensbedingungen von Studierenden angepasst werden, da  
126 es völlig normal ist auch noch mit 25 Jahren zu studieren. Daher muss zudem die  
127 Altersgrenze für die studentische Versicherung abgeschafft werden. Dabei handelt es  
128 sich oft um Menschen, die bereits gearbeitet haben und sogar schon ins System  
129 eingezahlt haben. Statt durch die schon erbrachte Arbeit belohnt zu werden, wird ein  
130 Vollzeitstudium mit 30 Jahren eine große Frage der Geldkapazitäten. Das  
131 Gesundheitssystem sollte nicht dafür sorgen, dass ein Studium zur finanziellen  
132 Herausforderung wird und am Ende des Monats kaum noch Geld übrig ist. Daher fordern  
133 wir das Thema Versicherung für Studierende in den Fokus zu rücken! Dabei bleibt eine



134 bezahlbare, soziale Bürger\*innenversicherung für alle das Endziel.

135 **Die Forderungen - kurz & kompakt**

136 Lange Rede kurzer Sinn: es braucht Veränderungen im System - für Studierende ist ein

137 "weiter so" keine Option! Deshalb fordern wir zusätzlich zu den schon beschlossenen

138 Forderungen für junge Leute:

139 • die Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch das 1:1 Modell

140 • eine in NRW einheitliche Regelung für Prüfungsleistungs-Wiederholungsversuche  
141 orientiert am Beispiel Bielefeld

142 • eine in NRW einheitliche Streichung des Vorweises von Attesten bei nicht  
143 Teilnahme an Prüfungen

144 • Das festhalten an der Solidarfinanzierung des Semestertickets, aber für einen  
145 günstigeren Satz, damit es konkurrenzfähig zum Deutschlandticket bleibt, auf 29  
146 Euro. Ebenso ein 29 Euro Ticket für Auszubildende. Schüler\*innen in NRW sollten  
147 Zugang zum ticketlosen ÖPNV erhalten. Das langfristige Ziel ist und bleibt der  
148 ticketlose ÖPNV

149 • Tarifverträge für alle studentischen Beschäftigten in ganz Deutschland

150 • das Hochsetzen der Altersgrenze für die Familienversicherung

151 • die Fokussierung des Themas "Versicherung für Studierende"

## Antrag F03: Schutz vor Gewalt? - für eine bessere Finanzierung von Frauenhäusern

Sachgebiet: F - Feminismus, Gleichstellung und Diversität

1 „Für die Frauenhäuser stehen im Landeshaushalt 1,85 Millionen Euro **weniger** zur  
2 Verfügung.“ Dieser Satz zierte den Untertitel eines Artikels der Rheinischen Post vom  
3 18.11.2022. Die Landesregierung legte Ende 2022 einen neuen Haushaltsbeschluss vor,  
4 nach welchem sämtlichen Frauenhäusern in NRW Gelder gestrichen werden sollen.  
5 Argumentiert wird, dass es sich rein um bürokratische Anpassungen, beziehungsweise um  
6 eine langfristige Verstärkung der Landesmittel für die Unterstützung der  
7 landesweiten Hilf- und Aufnahmestellen für Frauen handelt. Demnach stünden ab 2023  
8 insgesamt 9 Millionen Euro mehr zur Verfügung als 2020.[\[1\]](#) Von außen betrachtet mag  
9 sich dies sehr positiv anhören. Mehr Geld – also alles gut? Doch so einfach ist es  
10 nicht. Frauenhäuser in ganz NRW können sich nicht selbst über Spenden finanzieren.  
11 Dafür ist der Geldfluss deutlich zu gering. Sie sind also unbedingt auf Mittel des  
12 Landes und der Kommunen angewiesen. Zweitere haben selbst zunehmend immer größere  
13 Finanzierungsprobleme und müssen auch heute schon in den verschiedensten Bereichen  
14 Einsparungen vornehmen. Das größte Problem liegt vor allem darin, dass es keine  
15 Pflichtfinanzierung für die Arbeit der Frauenhäuser gibt. Dies bedeutet, dass die  
16 gesamte Struktur abhängig von den jeweiligen Haushaltsbeschlüssen der Landes- und  
17 Kommunalregierung ist.

18 Deutschland hat sich ebenso wie viele andere Staaten der Istanbul Konvention  
19 angeschlossen und damit klare Ziele für eine starke Frauenhausstruktur formuliert.  
20 Von diesen Zielen sind wir heute jedoch noch weit entfernt. Angesichts der immer  
21 drastischeren Entwicklungen der letzten Jahre ist dies unter keinen Umständen  
22 hinzunehmen. In den letzten fünf Jahren stieg die Anzahl der erfassten Straftaten,  
23 bei welchen das Gewaltschutzgesetz Anwendung fand, um 11 Prozent.[\[2\]](#) In vollen Zahlen  
24 sind dies 6587 erfasste Fälle von Gewalt gegen Frauen. Insgesamt waren davon über  
25 91,7 Prozent männliche Täter. Dabei ist es unabdinglich auf die hohe Dunkelziffer der  
26 Fälle hinzuweisen, welche erst gar nicht zur Anzeige gebracht werden, ferner  
27 überhaupt auffallen. Für viele Frauen, egal ob jung oder in langen Beziehungen,  
28 gehört Gewalt und die Angst vor dieser immer noch zum Alltag. Erst seit 1997 gilt die  
29 Vergewaltigung in der Ehe als Straftat. 138 Abgeordnete stimmten damals gegen die  
30 Gesetzesänderung.[\[3\]](#) Auch heute gehören noch Politiker\*innen, welche dagegen  
31 stimmten, dem Bundestag an. Das Bundeskriminalamt verzeichnet zudem täglich  
32 mindestens einen versuchten Tötungsdelikt an Frauen in Deutschland, welcher explizit  
33 als Femizid identifiziert werden kann.[\[4\]](#) Alleine in diesem Jahr gab es in  
34 Deutschland schon 58 Tötungsdelikte dieser Art. Und auch hier wird die Dunkelziffer  
35 höher sein. Femizide sind jedoch nur die Spitze einer langen Liste von Gewalt,  
36 welcher Frauen in unserer Gesellschaft ausgesetzt sind. Gewalt fängt nicht erst bei  
37 physischen Tätlichkeiten an, sondern kann sich ebenso psychisch, durch narzisstisches  
38 und manipulatives Verhalten ausdrücken. Diese Form der Gewalt betrifft noch deutlich  
39 mehr Frauen und noch viel weniger dieser Fälle werden zur Anzeige gebracht.

40 Jetzt ist also mitnichten die Zeit, finanzielle Mittel für Frauenhäuser zu kürzen,  
41 noch eine grundsätzlich festgelegte Finanzierung aufzuschieben. Täglich werden Frauen  
42 an Hilfestellen abgewiesen, weil es keine freien Plätze gibt, oder müssen auf Hilfe

43 verzichten, da sie keine Ansprechpartner\*innen aufsuchen können. Nach aktueller  
44 Informationslage fehlen in NRW über 1000 Plätze in Frauenhäusern.[6] Wir müssen etwas  
45 dagegen tun, dass jede Woche Frauen in Deutschland Opfer von Gewalt, oder sogar  
46 getötet werden. Zögern gehört in die Vergangenheit.

47 Aus diesem Grund fordern wir:

- 48 1. Die Etablierung des Drei-Säulen-Modells für die Frauenhausfinanzierung, wie es  
49 der Verband der autonomen Frauenhäuser seit Jahren fordert.
- 50 3. Ausfinanzierung unbefristeter Arbeitsstellen zur Verhinderung eines  
51 Personal Mangels
- 52 4. Ausweitung der Kontakt- und Aufnahmemöglichkeiten auf 24 Stunden und 7 Tage die  
53 Woche.
- 54 5. Flächendeckende Werbematerialien und Informationstafeln, zur Bekanntmachung des  
55 Hilfsangebotes

56

57

58

59 [1] [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/finanzierung-der-frauenhaeuser-sorgt-fuer-](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/finanzierung-der-frauenhaeuser-sorgt-fuer-streit_aid-80137295)  
60 [streit\\_aid-80137295](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/finanzierung-der-frauenhaeuser-sorgt-fuer-streit_aid-80137295)

61 [2] [https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/frauensensorin-fordert-mehr-geld-vom-](https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/frauensensorin-fordert-mehr-geld-vom-bund-fuer-frauenhaeuser-19025864.html)  
62 [bund-fuer-frauenhaeuser-19025864.html](https://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/frauensensorin-fordert-mehr-geld-vom-bund-fuer-frauenhaeuser-19025864.html)

63 [3] [https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/vergewaltigung-in-der-ehe-in-ehelicher-](https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/vergewaltigung-in-der-ehe-in-ehelicher-zuneigung-und-opferbereitschaft-91544500.html#:~:text=Für%20diese%20Änderung%20stimmten%20471,nicht%20als%20Straftat%20zu%20betrachten.)  
64 [zuneigung-und-opferbereitschaft-](https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/vergewaltigung-in-der-ehe-in-ehelicher-zuneigung-und-opferbereitschaft-91544500.html#:~:text=Für%20diese%20Änderung%20stimmten%20471,nicht%20als%20Straftat%20zu%20betrachten.)  
65 [91544500.html#:~:text=Für%20diese%20Änderung%20stimmten%20471,nicht%20als%20Straftat%](https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/vergewaltigung-in-der-ehe-in-ehelicher-zuneigung-und-opferbereitschaft-91544500.html#:~:text=Für%20diese%20Änderung%20stimmten%20471,nicht%20als%20Straftat%20zu%20betrachten.)  
66 [20zu%20betrachten.](https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/vergewaltigung-in-der-ehe-in-ehelicher-zuneigung-und-opferbereitschaft-91544500.html#:~:text=Für%20diese%20Änderung%20stimmten%20471,nicht%20als%20Straftat%20zu%20betrachten.)

67 [4] [https://www.ndr.de/kultur/Femizide-in-Deutschland-Fallzahlen-gehen-2021-leicht-](https://www.ndr.de/kultur/Femizide-in-Deutschland-Fallzahlen-gehen-2021-leicht-zurueck,femizid100.html)  
68 [zurueck,femizid100.html](https://www.ndr.de/kultur/Femizide-in-Deutschland-Fallzahlen-gehen-2021-leicht-zurueck,femizid100.html)

69 [5] [https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-06/umfrage-frauen-maenner-gewalt-](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-06/umfrage-frauen-maenner-gewalt-homosexualitaet-plan-international-deutschland)  
70 [homosexualitaet-plan-international-deutschland](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-06/umfrage-frauen-maenner-gewalt-homosexualitaet-plan-international-deutschland)

71 [6] [https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/nrw-fehlen-mehr-als-1000-plaetze-in-](https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/nrw-fehlen-mehr-als-1000-plaetze-in-frauenhaeusern-485766)  
72 [frauenhaeusern-485766](https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/nrw-fehlen-mehr-als-1000-plaetze-in-frauenhaeusern-485766)

## Antrag G03: Stärkung der Geburtshäuser

Sachgebiet:

G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

### 1 **Wir fordern eine Stärkung und Förderung von Geburtshäusern!**

2 Die Monate einer Schwangerschaft sind für schwangere Personen sowohl eine prägende  
3 als auch ein vulnerabler Lebensabschnitt. Dieser beginnt mit der Entscheidung die  
4 Schwangerschaft auszuführen oder gar mit dem Kinderwunsch und endet im Wochenbett.  
5 Wichtig ist daher auch, dass die gebärende Person von der Schwangerschaft bis über  
6 die Geburt hinaus optimal unterstützt wird. Essenziell für die  
7 Schwangerschaftsversorgung ist auch die freie Wahl des Geburtsortes, damit auf die  
8 individuellen Vorstellungen der gebärenden Person eingegangen werden kann.

9 Die Geburt ist für viele Schwangere ein intimes Momentum und auch die Versorgung  
10 jenes Prozesses muss in der Hand der Gebärenden liegen. Hierzulande können Schwangere  
11 sich den Geburtsort lediglich theoretisch frei wählen. Es gibt Kliniken mit  
12 Entbindungsstationen, die oftmals auch eine Versorgung von Schwangeren über die  
13 Geburt hinaus sicherstellen. Daneben existieren ebenfalls Geburtshäuser, die von  
14 Hebammen geleitet werden. Auch die Hausgeburt in dem eigenen Zuhause mit der  
15 Begleitung einer Hebamme ist möglich. Diese Vielzahl von Entbindungsmöglichkeiten  
16 existieren immer mehr rein theoretisch. Durch die Ökonomisierung des  
17 Gesundheitswesens, werden immer mehr Entbindungsstationen geschlossen und auch der  
18 Fachkräftemangel macht in der Schwangerschaftsversorgung nicht halt. seit Jahren wird  
19 es schwieriger, Hebammen für eine Hausgeburt oder eine Geburt in einem Geburtshaus zu  
20 finden. Auch die Zahl der Geburtshäuser insgesamt ist in der Vergangenheit  
21 zurückgegangen – und das, obwohl die Nachfrage gleichbleibend hoch ist. Dies ist  
22 allerdings nicht nur auf den Fachkräftemangel zurückzuführen, sondern auch auf die  
23 prekäre Situation der Hebammen, in denen sie auf Grund der hohen  
24 Haftpflichtversicherungsbeiträge befinden. Eine freie und befriedigende Berufsauswahl  
25 wird den Hebammen damit erschwert oder gar die Ausübung ihres Berufes unmöglich  
26 gemacht. Insbesondere freiberufliche Hebammen und hebammengeleitete Einrichtungen  
27 sind davon betroffen und spüren die Auswirkungen in einem hohen Maße.

28 Schwangere Personen, die eine Chance auf eine ambulante Geburtshilfe haben möchten,  
29 müssen bereits in den ersten Wochen der Schwangerschaft einen Platz bei einer Hebamme  
30 organisieren. Unter diesen Umständen kann in der Praxis nicht von einer gänzlichen  
31 freien Wahl gesprochen werden. Ein elementarer Einschub ist, dass auch Personen, die  
32 eine Fehlgeburt erfahren einen gesetzlichen Anspruch auf eine Betreuung durch eine  
33 Hebamme und diese werden durch die Verknappung von ambulanten  
34 Entbindungseinrichtungen ihrer Versorgungsrecht beraubt. Es wird deutlich, dass  
35 gerade hebammengeführte Geburtshäuser ein zentraler Baustein für schwangere Personen  
36 darstellen. Bereits während der Schwangerschaft werden schwangere Personen hier  
37 unterstützt und auf die Geburt vorbereitet. So kann schon vorher eine Vertrauensbasis  
38 zwischen Hebammen und Schwangeren hergestellt werden. Während der Geburt ist die  
39 entsprechende Hebamme vor Ort, sodass auch eine Ein-zu-Eins-Betreuung sichergestellt  
40 ist. Zusätzlich wird darauf geachtet, dass die gebärende Person aktiv in alle  
41 Entscheidungsprozesse über die Geburt des Kindes eingebunden wird. Statistisch werden  
42 in Geburtshäusern seltener zu Wehenmitteln oder Dammschnitte gegriffen. Die  
43 individuelle Betreuung der Gebärenden steht hierbei im Mittelpunkt, sowohl die

44 physische als auch die psychische Betreuung. Auch nach der Geburt werden die  
45 gebärenden Personen weiter begleitet und in ihrem neuen Lebensabschnitt unterstützt.

46 **Wir fordern deshalb:**

- 47 • Eine frühzeitige und differenzierte Aufklärung über die verschiedenen
- 48 Möglichkeiten und Potenziale und Risiken der jeweiligen Geburtsorte
- 49 • Die Förderung von Geburtshäusern möglichst in der Nähe von Krankenhäusern
- 50 • NRW attraktiver für Hebammen zu machen
- 51 • Versorgungsentpässe, insbesondere in ländlichen Regionen, zu bekämpfen und die
- 52 Infrastruktur flächendeckend auszubauen

## Antrag G06: Aufklärung, Diagnostik und Unterstützung bei der Behandlung von Lipödem

Sachgebiet: G - Gemeinwohl und Gesundheitspolitik

1 Das Lipödem ist eine weitverbreitete, aber häufig unterschätzte Erkrankung des  
2 Fettgewebes, von der vor allem Frauen betroffen sind. Es zeichnet sich durch eine  
3 ungleichmäßige Verteilung von krankhaften Fettzellen in Armen und Beinen aus.  
4 Lipödeme können zu erheblichen physischen und psychischen Belastungen führen. Zu den  
5 physischen Beschwerden zählen mitunter starke Schmerzen, Einschränkungen der  
6 Mobilität, Schweregefühl in den Gliedmaßen und starke Blutergussbildungen. Die  
7 psychischen Folgen sind genauso gravierend, wie eine gestörte Wahrnehmung des eigenen  
8 Körperbildes, Depressionen oder soziale Isolation. Leider wird das Lipödem häufig gar  
9 nicht oder fehldiagnostiziert und nicht ausreichend behandelt, was zu einer  
10 Verschlechterung des Zustands der Betroffenen führen kann.

11 Der aktuelle Stand der Lipödem-Behandlung umfasst die Entscheidung des gemeinsamen  
12 Bundesausschusses (G-BA) im Jahr 2019, dass Patient\*innen mit Lipödem im Stadium III  
13 unter bestimmten Bedingungen eine Liposuktion ambulant oder stationär zulasten der  
14 gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erhalten können. Diese Regelung ist bis zum  
15 31. Dezember 2024 befristet, da die Ergebnisse der laufenden Erprobungsstudie zur  
16 Liposuktion bei Lipödem abgewartet werden sollen. Sobald die Studienergebnisse  
17 vorlegen, wird der G-BA eine endgültige Entscheidung für alle Stadien der Erkrankung  
18 treffen. Für eine gesicherte Diagnose in allen Stadien müssen bestimmte Symptome  
19 festgestellt werden, und es wird eine konservative Therapie über einen Zeitraum von  
20 sechs Monaten empfohlen. Hierzu zählen 45–60-minütige, mehrmals die Woche nötige  
21 Lymphdrainagen und das regelmäßige Tragen von Kompressionsleggings, -strümpfen oder -  
22 armstulpen. Auch hier ist ein enormes Defizit aufzuweisen, denn viele  
23 Physiotherapeuten sind nicht für die Drainage ausgebildet und die Wartelisten für  
24 Therapieplätze sind aufgrund des Umstandes lang. Kommt es so weit, dass trotz der  
25 konservativen Therapie keine Linderung der Beschwerden eintritt, kann im Stadium III  
26 eine Liposuktion verordnet werden – dies jedoch, nur, wenn der oder die Patient\*in  
27 Stadium III aufweist. Eine weitere Bedingung für eine Operation ist ein BMI von unter  
28 35, dieser ist jedoch nur sehr schwer zu erreichen, da in diesem Stadium die  
29 Patient\*innen häufig unter starken Mobilitätseinschränkungen leiden und so  
30 regelmäßiger Sport schwierig umzusetzen ist. Außerdem soll bei einem BMI von 40 oder  
31 darüber zunächst die Adipositas behandelt werden. Zur Qualitätssicherung wurden  
32 verschiedene Maßnahmen festgelegt, einschließlich einer Operationsplanung und -  
33 dokumentation sowie Begrenzungen für die abzusaugende Menge an Fettgewebe. Parallel  
34 zur Regelung der Liposuktion im Stadium III läuft eine Erprobungsstudie zu den Vor-  
35 und Nachteilen der Liposuktion bei Lipödem in den Stadien I, II und III. Seit dem 1.  
36 Januar 2020 ist beim Lipödem Stadium III die Liposuktion an Armen und Beinen unter  
37 bestimmte Voraussetzungen Kassenleistung (vorerst bis 31. Dezember 2024 befristet).  
38 Wenn eine Operation von der Krankenkasse nicht übernommen wird, bedeutet dies für die  
39 Patient\*innen hohe Kosten. Diese liegen ca. zwischen 10.000 € und 20.000 € die privat  
40 gezahlt werden müssen, da für eine finale Behandlung meistens 2-3 Operationen nötig  
41 sind.

42 **Wir fordern für Betroffene eine bessere gesundheitliche Versorgung.**

43 Wir fordern eine gezielte Informationskampagne, um die Bevölkerung über die Krankheit  
44 Lipödem aufzuklären. Diese Kampagne sollte auf die Symptome, Risikofaktoren und  
45 Behandlungsmöglichkeiten des Lipödems eingehen. Ziel ist es, das Bewusstsein für  
46 diese Erkrankung zu erhöhen und Vorurteile und Stigmatisierung gegenüber den  
47 erkrankten Personen abzubauen. Insbesondere soll dabei betont werden, dass eine  
48 konservative Therapie, bestehend aus Flachstrick und Kompression in Kombination mit  
49 Lymphdrainage bei Lymphödemen wirksam sein kann und dass Lipödem häufig zusammen mit  
50 Lymphödem (vereinfacht Wassereinlagerungen) auftritt. Durch die Aufklärung über  
51 Lipödem können bereits betroffene, noch nicht diagnostizierte Personen Hilfe  
52 erhalten. Krankhafte Fettzellen können nicht einfach durch Sport und Diät  
53 verschwinden, sondern benötigen medizinische Therapie oder im schlimmsten Fall die  
54 beschriebene Liposuktion.

55 Ärzt\*innen, insbesondere Gynäkolog\*innen, sollten in der Diagnose des Lipödems besser  
56 geschult werden. Es ist wichtig, dass sie die unterschiedlichen Stadien des Lipödems  
57 erkennen können, einschließlich der Diagnose von Stadium I und II. Eine verbesserte  
58 Diagnostik ermöglicht eine frühzeitige Intervention und eine geeignete  
59 Behandlungsplanung.

60 Lipödem-Patient\*innen benötigen eine umfassende medizinische Versorgung und  
61 Unterstützung. Wir fordern eine bessere Ausstattung und Leistungserbringung von  
62 Kliniken für die operative Behandlung des Lipödems. Die Kostenübernahme für operative  
63 Eingriffe sollte nicht allein auf das Stadium III beschränkt sein, sondern auch für  
64 Patient\*innen mit Lipödem im Stadium I und II ermöglicht werden. Denn Lipödem ist in  
65 allen Stadien belastend - sowohl durch die physischen Schmerzen und die Einschränkung  
66 in der Mobilität und der Beweglichkeit als auch wegen der psychischen Belastung, dem  
67 Druck und der Ohnmacht gegenüber der Entwicklung der Erkrankung ohne medizinische  
68 Maßnahmen.

69 Darüber hinaus ist eine verstärkte Präventiv-Aufklärung erforderlich, um Essstörungen  
70 im Zusammenhang mit Lipödem vorzubeugen. Essstörungen können sich vor allem deswegen  
71 entwickeln, weil Abnahmeversuche ohne Therapie fast unmöglich sind. Es sollte auch  
72 eine unterstützende Ernährungsberatung angeboten werden, damit die Erkrankten sich  
73 damit auseinandersetzen können, welche Lebensmittel verträglich sind und langfristig  
74 eine verbesserte Behandlung ermöglicht.

75 Um das Verständnis und die Behandlungsmöglichkeiten des Lipödems weiter  
76 voranzutreiben, ist es von großer Bedeutung, die Forschung auf diesem Gebiet zu  
77 unterstützen. Wir fordern die Einrichtung von Förderprogrammen und Stipendien für die  
78 Erforschung von Ursachen, Prävention und Therapie des Lipödems.

79 Zusammengefasst fordern wir Jusos:

- 80 • eine gezielte Informationskampagne, um die Bevölkerung über die Krankheit  
81 Lipödem aufzuklären.
- 82 • bessere Schulung zur Diagnose des Lipödems für Ärzt\*innen und insbesondere  
83 Gynäkolog\*innen.
- 84 • eine umfassende medizinische Versorgung für Lipödem-Patient\*innen mit einer  
85 Kostenübernahme von operativen Eingriffen ab dem ersten Stadium.
- 86 • eine verstärkte Präventiv-Aufklärung, um Essstörungen vorzubeugen.

- 87 • die Einrichtung von Förderprogrammen und Stipendien für die Erforschung von
- 88 Ursachen, Prävention und Therapie des Lipödems.



## Antrag I03: Rassismus raus aus unseren Behörden!

Sachgebiet:

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 „Ich bekomme mittlerweile Herzrasen, wenn ich oder meine Freund\*innen in eine  
2 Polizeikontrolle geraten, weil der ganze braune Dreck innerhalb der  
3 Sicherheitsbehörden uns Angst macht. Das ist nicht nur meine Realität, sondern die  
4 von vielen Menschen in diesem Land.“

5 Diese Worte reichten im Mai 2023 in Form eines Tweets aus, damit Bahar Aslan ihren  
6 Lehrauftrag verlor. Sie lehrte an der Hochschule für Polizei und Öffentliche  
7 Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV) in Köln, einer vom Innenministerium getragenen  
8 Hochschule für Polizeianwärter\*innen und Verwaltungsbeamte, das Fach „Interkulturelle  
9 Kompetenzen“. Ihr Job war es also, u.a. junge Polizist\*innen für das Thema Rassismus  
10 zu sensibilisieren.

### 11 **Keine Einzelfälle!**

12 Rassistische Chatgruppen, überbordende Polizeigewalt gegen BIPOC, wie im Fall des  
13 getöteten 16-jährigen Mouhamed Dramé in Dortmund: All das sind keine Einzelfälle,  
14 sondern Resultat eines tiefsitzenden institutionellen Problems – ganz egal wie oft  
15 Skandal-Innenminister Reul anderes behauptet. All das ist Ausdruck rechter Strukturen  
16 innerhalb unserer Sicherheitsbehörden.

17 Jede medienwirksame Razzia in Shishabars und Barbershops, jede Pressekonferenz zu  
18 sog. „Clankriminalität“ und jedes öffentliche Breittreten der Herkunft von  
19 Täter\*innen zementiert diese rassistischen Strukturen immer weiter und hinterlässt  
20 eine Botschaft: Das Leben von BIPOC in NRW wird kriminalisiert.

21 Wenn BIPOC aufgrund des sich ausbreitenden Rassismus Angst vor der nordrhein-  
22 westfälischen Polizei haben, dann sollte das ein Umdenken im Innenministerium  
23 herbeiführen und nicht den Rausschmiss von Betroffenen.

24 Als 2020 im Polizeipräsidium Essen/Mülheim eine interne Chatgruppe mit rechtsextremen  
25 Inhalten aufflog, war der Aufschrei groß. Drei Jahre später wurden fast alle  
26 Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Beamten eingestellt und der Großteil ist  
27 wieder im Dienst. Herbert Reuls Umgang mit Rassismus in den eigenen Reihen lässt  
28 spätestens seit dem Fall Bahar Aslan tief blicken: Gehen müssen nicht die  
29 Täter\*innen, sondern die, die sich trauen, das Problem mit klaren Worten  
30 anzusprechen.

### 31 **Blanker Hohn**

32 Dabei kündigte Reul an, das Thema Rassismus innerhalb von Behörden ernst zu nehmen:  
33 die „Null-Toleranz-Strategie“ würde auch nach innen gelten und ein von ihm  
34 berufener Sonderbeauftragte für rechtsextremistische Tendenzen in der nordrhein-  
35 westfälischen Polizei solle ein Lagebild Rechtsextrimismus in der NRW-Polizei  
36 erstellen. Die Problematik wird also durchaus erkannt. Wenn aber gleichwohl darauf  
37 beharrt wird, es handele sich nur um Einzelfälle und sogenannte Clan-Kriminalität zum  
38 größten Problem der Polizei NRW stilisiert wird, wirken die Ankündigungen zur  
39 Bekämpfung von Rassismus innerhalb der Behörden nur höhnisch. Die Causa Bahar Aslan  
40 bestätigt abermals den fatalen Umgang mit Rassismus.

41 Das Innenministerium agiert konträr zum wissenschaftlichen Stand der

42 Rassismusforschung. Durch erschwerte Forschungszugänge seitens der Behörden werden  
43 Wissenschaftslücken perpetuiert und gleichzeitig die Erforderlichkeit umfassender  
44 Aufklärung damit erklärt. Das wird der Verantwortung von Innenpolitik nicht gerecht  
45 und negiert die Lebensrealität der Betroffenen. Strukturelle Probleme innerhalb der  
46 Behörden sind seit den 90ern bekannt und sollten endlich angegangen werden: statt  
47 sich weiterhin vehement dagegen zu wehren, fordern wir eine Umsetzung von Maßnahmen,  
48 die sich am wissenschaftlichen Konsens orientieren.

#### 49 **Alle Behörden - Alle Ebenen**

50 Ungefähr 100 Fälle von rechtsextremistischen Tendenzen sind laut Innenministerium  
51 innerhalb der Polizei NRW dokumentiert. Wie hoch die Dunkelziffer ist, kann nur  
52 vermutet werden. Weiter höher dürfte zudem die Zahl der Beamt\*innen sein, deren  
53 Entscheidungen eindeutig durch rassistische Motive und Stereotype beeinflusst werden.  
54 Und das ist insgesamt ein Problem, das nicht nur die Polizeibehörden betrifft,  
55 sondern sich durch alle Ebenen der Verwaltung zieht: Das sind Finanzämter, die nur  
56 darauf warten, dass migrantisierte Geschäftsleute einen Fehler machen, statt sich mit  
57 großen Steuerdelikten aufzuhalten. Das sind die vielen Jobcenter, in denen es einer  
58 Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zufolge Gang und gäbe ist,  
59 Ausländer\*innen den Weg zu Leistungen mit einer sinnlosen Flut an Extra-Formularen zu  
60 erschweren und sie so zu schikanieren. Und das sind die 81 Ausländerbehörden (ABH) in  
61 NRW.

#### 62 **Rassismushotspot Ausländerbehörde**

63 Hier ist die Situation besonders fatal, denn hier spielen rassistische Komponenten  
64 auf mehreren Ebenen eine entscheidende Rolle: Einerseits ist es die chronische  
65 Unterbesetzung dieser Behörden: Weil die entscheidenden Stellen die Bedeutung der ABH  
66 herunterspielen und diese aus rassistischen Motiven aufgrund ihres Aufgabenbereiches  
67 in Verruf bringen, fehlt es an Personal. Das spiegelt sich dann in den wachsenden  
68 Wartezeiten auf Bescheide wider und darin, dass dann vielmals aufgrund von  
69 Effizienzdruck und rassistischen Grundeinstellungen menschenfeindliche Entscheidungen  
70 getroffen werden: Abschieben ist weniger zeitintensiv als Integration.

71 Andererseits ist auch die kaum vorhandene Sensibilisierung von Teilen des ohnehin  
72 schon geringen Personals das Problem. Wie existenzvernichtend die eigenen  
73 Entscheidungen sein können, wird oftmals verkannt und die Arbeitsweise entmenschlicht  
74 die Antragstellenden, indem sie zu abzuarbeitenden Aktenbergen werden. Rassistische  
75 Motive können so schnell zur Schikane von migrantisierten Personen und schlussendlich  
76 zur Abschiebung führen. 2015 hat die damalige Landesregierung gemeinsam mit den  
77 kommunalen ABH das Ziel ausgerufen, schrittweise eine neue Kultur zu etablieren und  
78 gemeinsam „Willkommensbehörden“ für ein „modernes Einwanderungsland“ zu schaffen.  
79 Noch heute besteht allerdings eine weit verbreitete Selbstidentifikation als  
80 „Abschiebebehörde“.

#### 81 **Echte Lösungen müssen her!**

82 Für BIPOC birgt jeder Kontakt mit nordrhein-westfälischen Behörden das Risiko, mit  
83 institutionellem Rassismus konfrontiert zu werden. Die bekannten Fälle sind  
84 mannigfaltig, doch mangels Interesse der Landesregierung gibt es kaum belastbare  
85 Zahlen. Hier muss das Land endlich seine Verantwortung begreifen und Klarheit  
86 schaffen. Wir fordern, dass eine externe Studie beauftragt wird, die die Problematik

87 des Rassismus im Kontext von Landes- und Kommunalbehörden umfassend erfasst und die  
88 Schwerpunkte lokalisiert.

89 Strukturellem Rassismus kann nur strukturell entgegnet werden. Eine umfassende  
90 antirassistische Sensibilisierung sollte also verpflichtender Teil jeder Ausbildung  
91 von Entscheidungsträger\*innen im öffentlichen Dienst sein - egal ob Verwaltung oder  
92 Polizei. Auch für aktuelle Beschäftigte und Quereinsteiger\*innen muss ein  
93 obligatorisches Weiterbildungsprogramm entwickelt werden, das Ihnen hilft, die eigene  
94 Sozialisierung in einer strukturell rassistischen Gesellschaft im Dienst zu  
95 überwinden. Das noch relativ junge Fach „Interkulturelle Kompetenz“, wie es von Bahar  
96 Aslan an der HSPV gelehrt wurde, zeigt, dass einmal ein Interesse des Landes daran  
97 bestand, dem eigenen Rassismusproblem mit Bildungsarbeit gerecht zu werden - der  
98 Umgang mit Aslan zeigt allerdings, wie wenig davon übriggeblieben ist. Ein Neuanfang  
99 muss also her: Umfassender und zielgerichteter denn je.

100 Außerdem muss in allen Behörden die Stelle einer\*eines Antirassismus-Beauftragten  
101 geschaffen werden. Diese Person dient dann als Ansprechpartner\*in und unabhängige  
102 Beschwerdestelle für alle Menschen, die im Behördenkontext Rassismus erfahren haben.  
103 Außerdem wird sie an Einstellungsverfahren beteiligt und darf eigenverantwortlich  
104 Kampagnen und Bildungsveranstaltungen innerhalb ihrer Behörde organisieren. Aufgrund  
105 ihrer eigenen Lebenserfahrung sollen diese Stellen bevorzugt mit BIPOC besetzt  
106 werden.

107 Unser Kampf für eine antirassistische Gesellschaft muss beim Staat anfangen. Viel zu  
108 lange wurden Menschen in NRW Opfer von zutiefst rassistischen Strukturen und  
109 Praktiken von Behörden. Unsere Forderungen können nur ein Anfang sein, dieses Problem  
110 in den Griff zu bekommen, doch es muss endlich gehandelt werden!

#### 111 **Wir fordern:**

- 112 • Eine umfassende Studie über rassistische Strukturen und Praktiken in den Landes-  
113 und Kommunalbehörden in Nordrhein-Westfalen
- 114 • Erfassung von staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus durch einen  
115 „Landesmonitor Diskriminierung und Rassismus“
- 116 • Verpflichtende antirassistische Bildungsprogramme für alle Mitarbeitenden in  
117 Behörden
- 118 • Mechanismen in Behörden einzuführen, die es ermöglichen, Mitarbeitende zu  
119 sanktionieren, die sich kontinuierlich den für sie vorgesehenen  
120 Bildungsmaßnahmen, beispielsweise durch wiederholte Krankmeldungen, entziehen.
- 121 • Unabhängige Antirassismus-Beauftragte mit weitreichenden Kompetenzen in allen  
122 Behörden
- 123 • Flächendeckende unabhängige Beschwerdestellen
- 124 • Die Stärkung und Finanzierung von Opferberatung

# Antrag I04: Watch the Police not the People

Sachgebiet:

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

## 1 Grundlegendes

2 Die Polizei NRW befindet sich in einer Krise und gefährdet das Vertrauen vieler  
3 Bürger\*innen in den Rechtsstaat. Fälle von schwerster Polizeigewalt häufen sich.  
4 Viele Anklagen die aus diesen Fällen hervorgehen werden wegen unzureichender  
5 Beweislage eingestellt. Fälle wie die Ermordung von Mouhamed Dramé erschüttern schon  
6 für sich allein das Vertrauen der gesamten Gesellschaft in die Institution Polizei.  
7 Die Umstände das im Nachgang die Nachbarpolizeibehörde ermittelt und sich viele der  
8 von der Dortmunder Polizei im Anschluss getroffenen Äußerungen als nachweislich  
9 falsch herausstellen, führen dazu, dass dieses Vertrauen in Gänze verloren geht.

10 Die Polizei ist als Gewaltmonopol des Staates verpflichtet ihre Kompetenzen immer und  
11 jederzeit rechtmäßig auszuüben. Darüber hinaus ist es im Sinne eines Rechtsstaates  
12 diese Ausübung so transparent und überprüfbar wie möglich zu gestalten. Gerade in  
13 Situationen, in denen die Polizei unmittelbar Gewalt anwendet und Menschen dabei zu  
14 Schaden oder ums Leben kommen, muss sichergestellt sein, dass alle zur Verfügung  
15 stehenden Mittel genutzt werden um eine Aufklärung im Sinne der Betroffenen zu  
16 gewährleisten.

17 Eines der wichtigsten zur Verfügung stehenden Mittel ist die videotechnische  
18 Überwachung von Einsätzen durch Bodycams. Die bisher geltenden Regeln des Landes NRW  
19 für das Tragen von Bodycams sind dahingehend absolut unzureichend.

## 20 Schutzgut

21 Die Möglichkeit zum Aufzeichnen von Einsätzen ist in NRW maßgeblich durch §15c PolG  
22 NRW geregelt. Darin heißt es in Absatz 1:

23 *„Die Polizei kann bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur*  
24 *Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten mittels körpernah getragener*  
25 *Aufnahmegeräte offen Bild- und Tonaufzeichnungen anfertigen, wenn Tatsachen die*  
26 *Annahme rechtfertigen, dass dies zum Schutz von Polizeivollzugsbeamtinnen und*  
27 *Polizeivollzugsbeamten oder Dritten gegen eine konkrete Gefahr für Leib oder Leben*  
28 *erforderlich ist [...].“*

29 In der Formulierung dieser Regelung zeigt sich das Grundproblem der aktuellen  
30 Ausgestaltung und Umsetzung von Regelungen zu Bodycams, sowohl bundesweit als auch im  
31 Land NRW. Der Schwerpunkt liegt in erster Linie auf der Erleichterung und nicht auf  
32 der Kontrolle der polizeilichen Arbeit. Durch die bestehenden Regelungen werden in  
33 der Praxis in erster Linie die Polizist\*innen selbst vor Angriffen geschützt und die  
34 Arbeit der Ermittlungsbehörden wird durch die entstehenden Aufzeichnungen  
35 erleichtert. Auch das sind - gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt gegen  
36 Einsatzkräfte - wichtige Einsatzmöglichkeiten von Bodycams.

37 Momentan sind jedoch sowohl die rechtlichen Grundlagen als auch insbesondere die  
38 praktische Umsetzung massiv einseitig polizeischützend ausgerichtet. Dies muss sich  
39 ändern. Bürger\*innen haben genauso ein Recht darauf, dass Beweise für unrechtmäßiges  
40 Verhalten gegen sie erstellt werden, wie Polizist\*innen. Bodycams dürfen nicht in  
41 erster Linie als staatliche Überwachungsinstrumente verstanden werden, sondern müssen

42 letztendlich, wenn sie verwendet werden, den gesamten am Polizeieinsatz beteiligten  
43 Parteien die Möglichkeit bieten das Geschehene gerichtlich eindeutig überprüfbar zu  
44 machen.

#### 45 **Datenschutz**

46 Das Erstellen und Speichern von Ton- und Videoaufnahmen durch den Staat stellt auf  
47 der Kehrseite einen massiven Eingriff in den verfassungsrechtlichen Schutz  
48 höchstpersönlicher Daten dar. Allein schon deswegen bedarf das Beginnen, das Beenden  
49 und die Speicherung solcher Aufnahmen mehr als die Ermessensentscheidung einzelner  
50 Polizisten. Es braucht verbindliche gesetzliche Regelungen für die Erstellung und  
51 Speicherung von videotechnischen Aufnahmen von Polizeieinsätzen. Dass die Aufnahmen  
52 von Bodycams in NRW auf Servern der Polizei ohne eine vorherige Überprüfung ob diese  
53 Aufnahmen rechtmäßig waren, zwei Wochen gespeichert werden trägt der Sensibilität  
54 solcher Aufnahmen nicht ausreichend Rechnung.

#### 55 **Reform statt Einzelschritte**

56 Den Vorstoß des Innenministeriums den §15c PolG NRW zu reformieren und insbesondere  
57 eine Pflicht zum Tragen von Bodycams einzuführen, ist im Grundsatz unterstützenswert.  
58 Damit diese Reform zu einer echten Verbesserung der Situation und zu einer  
59 Bewältigung der Krise der Polizei NRW beiträgt muss sie jedoch über eine Tragepflicht  
60 hinaus weitreichende Änderungen enthalten.

#### 61 **Deswegen fordern wir:**

- 62 • Bodycams müssen immer dann eingeschaltet werden, wenn der Polizeieinsatz nach  
63 den bei Beginn oder während des Einsatzes vorliegenden Informationen die Gefahr  
64 birgt, dass Leib oder Leben der Polizeikräfte, Dritter oder der vermeintlichen  
65 Störer\*innen selbst im Verlauf des Einsatzes gefährdet wird. Davon umfasst sind  
66 insbesondere Einsätze bei denen der Einsatz von Waffengewalt jeglicher Art durch  
67 die Polizei hinreichend wahrscheinlich sind. Unabhängig davon, sind Bodycams  
68 immer dann einzuschalten, wenn Betroffene eines Polizeieinsatzes dies verlangen.  
69 Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Aufnahme mit den Persönlichkeitsrechten  
70 Dritter vereinbar ist. Von einer verlangten Aufnahme kann jedoch nur dann  
71 abgesehen werden, wenn nicht bereits auf anderem Wege (etwa durch das gezielte  
72 Ausrichten der Bodycam) die Aufnahme unbeteiligter Dritter vermieden werden  
73 kann. Um dies sicher zu stellen, sollen entsprechende Schulungs- und  
74 Ausbildungsmaßnahmen der Polizeivollzugsbeamt\*innen etabliert werden.
- 75 • Betroffene sind darüber zu informieren, dass der Polizeieinsatz aufgezeichnet  
76 wird.
- 77 • Auf Antrag des Betroffenen ist die Rechtmäßigkeit von Bodycamaufnahmen durch  
78 eine\*n Richter\*in zu überprüfen. Es soll ein gesondertes Verfahren geschaffen  
79 werden, bei dem auf Antrag der Betroffenen die Rechtmäßigkeit der  
80 Bodycamaufnahmen noch innerhalb der Speicherfrist von 2 Wochen gerichtlich  
81 überprüft wird. Wird die Unrechtmäßigkeit der Aufnahmen festgestellt sind diese  
82 unverzüglich zu löschen. Ansonsten sind die Aufnahmen weiterhin unter den in  
83 §15c PolG NRW festgehaltenen Voraussetzungen nach 2 Wochen zu löschen.
- 84 • Der\*Die Betroffene hat das Recht eine Kopie der ihn\*sie betreffenden Aufnahme zu  
85 verlangen. Diese Kopien sind gegebenenfalls so zu verändern, dass die  
86 Persönlichkeitsrechte Dritter und der beteiligten Einsatzkräfte gewahrt werden.

- 87 • Die umfassende Überprüfung der technischen Umsetzbarkeit der automatisierten  
88 Einschaltung von Bodycams in Situationen in denen dies unbedingt erforderliche  
89 erscheint.
- 90 • Gute Beweissicherung bringt nichts ohne neutrale Ermittlungsbehörden. Die Reform  
91 des §15c PolG NRW kann nur ein kleiner Baustein einer umfassend erforderlichen  
92 Reform der Polizei sein. Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen Behörde  
93 die Ermittlungsverfahren im Kontext von polizeilichen Einsätzen durchführt.  
94 Diese Behörde muss unter anderem die Kompetenz haben unveränderte Kopien von  
95 Einsatzaufnahmen zu erlangen. Die unveränderte  
96 Originaldatei muss auf den gesicherten Servern der unabhängigen  
97 Ermittlungsbehörde gespeichert werden.
- 98 • Es darf keine Ausweitung auf Echtzeitvernetzung der Erhebung von Video- und  
99 Tonaufnahmen, bspw. durch KI-gestützte Gesichtserkennungssoftware vorgenommen  
100 werden.
- 101 • Es darf keine dauerhafte Erhebung von Video- und Tonaufnahmen stattfinden.  
102 Stattdessen soll das technische Verfahren des Pre-Recordings genutzt werden.

## Antrag I05: Klassenjustiz - Ein Problem, dem wir uns stellen müssen!

Sachgebiet: I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Die im Juni beschlossene Strafrechtsreform, die Ersatzfreiheitsstrafen reduziert, war  
2 lange überfällig und geht nicht weit genug.

3 Arme und Reiche werden in unserem Justizsystem in vielerlei Hinsicht klassistisch  
4 unterschiedlich behandelt. Obwohl der Rechtsstaat auf dem Versprechen basiert, dass  
5 vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind, ist die Realität oft eine Andere. Die  
6 Justiz ist geprägt von den Mentalitäten und Vorurteilen der Menschen. Dies zeigt sich  
7 im Wortlaut von Gesetzen und der Interpretation dieser vor Gericht, das Problem  
8 wächst schon lange messbar.

9 So ist beispielsweise statistisch beobachtbar, dass je teurer der\*die Verteidiger\*in  
10 ist, desto unschuldiger der\*die Angeklagte. Reiche Menschen können deutlich mehr Geld  
11 für ihre Strafverteidigung aufwenden. So können sie sich Anwäl\*innen leisten, die  
12 dann nur noch diesen einen Fall vorbereiten und daneben keine weiteren Mandate mehr  
13 annehmen oder sie bezahlen sogar ganze Teams von Strafverteidiger\*innen, die zusammen  
14 an diesem einen Mandat arbeiten. Arme Menschen hingegen können sich diesen Luxus  
15 nicht leisten. Stattdessen müssen sie oft auf Anwäl\*innen zurückgreifen, die  
16 vielleicht nicht inhaltlich auf den Fall spezialisiert sind und die eine Vielzahl von  
17 Fällen zugleich bearbeiten müssen, um sich zu finanzieren. Oftmals stehen die  
18 Angeklagten sogar ganz ohne Strafverteidigung dar.“ Zwar sieht der §140 StPO in  
19 schweren Fällen Pflichtverteidiger\*innen vor, jedoch wird in 90 Prozent der Fälle  
20 Angeklagten dieser Anspruch verwehrt, da die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür  
21 nicht erfüllt werden. Wer dann kognitiv oder sprachlich nicht in der Lage ist, sich  
22 selbst zu verteidigen, hat Pech gehabt.

23 Wer dann doch das Glück hat, einen Pflichtverteidiger zur Seite gestellt zu bekommen,  
24 hat es nicht selten mit sogenannten “Verteidigern mit eingebautem  
25 Rechtsmittelverzicht” zu tun. Die Arbeit als Pflichtverteidiger\*in lohnt sich  
26 finanziell nämlich nur dann, wenn dem Fall so wenig Arbeitszeit wie möglich gewidmet  
27 wird.

28 Richter\*innen beachten bei der Strafzumessung die Lebensverhältnisse der Betroffenen.  
29 Das wäre fair, führt aber in der Praxis oft dazu, dass Menschen aus prekären  
30 Umfeldern noch härtere Strafen bekommen, da bei einem arbeitslosen, geschiedenen  
31 Drogensüchtigen keine “positive Sozialprognose” gemacht werden kann. Infolgedessen  
32 bleiben die Menschen privilegiert, die in Deutschland sowieso von Chancenungleichheit  
33 profitieren: Wohlhabende.

34 Wir benötigen endlich eine Reform des Systems, welche die Menschen unterstützt, die  
35 dessen Hilfe am dringendsten benötigen. Dazu gehört auch eine Reform der juristischen  
36 Ausbildung, damit auch mehr Menschen aus nicht wohlhabenden Familien dieses  
37 Justizsystem mitgestalten. Dafür sollen die Vorschläge der verschiedenen Jura-  
38 Fachschaften berücksichtigt werden, um das Studium auch aus der Perspektive von Jura-  
39 Studierenden besser zu gestalten.

40 **Ermittlungsverfahren**

41 Die Diskriminierung von ärmeren Menschen beginnt schon bei der Ermittlungsarbeit von  
42 Staatsanwaltschaften und der Polizei. Dort wo Reiche schnell ihre\*n Anwalt\*in  
43 konsultieren und so mögliche Schäden durch unvorsichtig ausgedrückte Worte oder das  
44 Einräumen einer nicht zwingend notwendigen Durchsuchung von sich abwenden können.  
45 Dort sind ärmere Menschen ihrer eigenen, mit Staatsanwaltschaft und Polizei meist  
46 unerfahrenen Einschätzungen überlassen. Dies öffnet den juristischen Trickereien der  
47 Polizei durch geschicktes Fragen und Erzeugen von vermeintlichen Verdachtsmomenten  
48 jegliche Türen, die bei reichen Personen durch eine juristische Beratung einfach  
49 verschlossen bleiben.

50 Diese schnelle juristische Beratung leisten sich aber nur jene, die eben nicht daran  
51 denken müssen wie hoch die Rechnung ist, wenn der\*die Anwalt\*in eine halbe Stunde mit  
52 der Polizei spricht. Menschen, die keine Angst haben müssen, durch diese juristische  
53 Beratung in existenzielle Nöte zu geraten.

54 Diese Situation finden wir auch vor, wenn Menschen Unrecht widerfährt und sie unseren  
55 Rechtsstaat nicht nutzen können, weil dieser einfach zu teuer ist für ihren  
56 Geldbeutel. Anstelle wirklicher Hilfe stellt die Bürokratie nur Hürden in den Weg.

57 Das entspricht in keinsten Weise einem jungsozialistischen Verständnis von  
58 Gerechtigkeit. Das ist eine Ausprägung des Klassismus in unserer Gesellschaft, welche  
59 das Fundament unserer Gesellschaft schwächt.

60 Als ersten und schnellen Lösungsansatz fordern wir eine staatlich finanzierte,  
61 unabhängige, kostenfreie, juristische Hotline, die Menschen in strafrechtliche Fragen  
62 eine Erstberatung bieten kann und ihnen im Anschluss daran eine anwaltliche Beratung  
63 vermittelt. Zudem sollten alle finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten bekannt und  
64 leicht zugänglich gemacht werden, damit die finanzielle Situation der hilfesuchenden  
65 Menschen nicht darüber entscheidet, ob Sie eine anwaltliche Beratung erhalten oder  
66 nicht.

67 Forderungen:

- 68 • Kostenfreie und unabhängige strafrechtliche Beratung für alle, damit Menschen  
69 keine Angst mehr vor den finanziellen Folgen haben, wenn sie sich ihr  
70 zustehendes Recht erstreiten müssen.
- 71 • Eine gesetzlich Verpflichtende Anzahl von probono-Fällen für Anwalt\*innen
- 72 • Kostenfreie juristische Hilfe auch bei Befragungen der Polizei, über die die  
73 Polizei vorab informieren muss. Menschen sollen nicht aus Angst vor finanziellen  
74 Belastungen auf juristischen Rat verzichten müssen.
- 75 • Kurzfristige Lösung: Eine unabhängige, kostenfreie, staatlich geförderte Hotline  
76 zur Beratung im Straf- und Strafprozessrecht Hotline, die Menschen  
77 niederschwellig ihre juristischen Möglichkeiten aufzeigen.

78 **Gerichtsverfahren**

79 Die Empirie zeigt, dass Menschen aus prekären sozialen Verhältnissen mehr "kleine"  
80 Vermögensstraftaten als Reiche begehen. Diese Menschen werden daher öfter von  
81 Amtsgerichten abgeurteilt als von Wirtschaftskammern und haben daher seltener  
82 Anspruch auf einen Pflichtverteidiger. Diese "kleinen" Delikte werden dann auch öfter  
83 im Strafbefehlsverfahren erledigt.

84 Selbst bei schwersten Vorwürfen erkennt die Rechtsprechung in vielen Fällen nicht



85 einmal ein Recht auf die Bestellung eines Pflichtverteidigers im Ermittlungsverfahren  
86 an. Angesichts der gesetzlichen Gebühren, die in diesem Verfahrensstadium wenige  
87 hunderte Euro betragen, kann ein Pflichtverteidiger ohne zusätzliche Vergütung jedoch  
88 oft nicht die notwendige Zeit investieren. Sogar in den Fällen, in denen sich nach  
89 Abschluss der Ermittlungen herausstellt, dass der Beschuldigte nicht hinreichend  
90 verdächtig ist, hat er nach geltendem Recht keinen Anspruch auf Erstattung seiner  
91 angemessenen Verteidigerkosten.

92 All das führt zu einer massiven sozialen Schieflage in unserem Justizsystem, die mit  
93 unserem jungsozialistischen Verständnis von Gerechtigkeit nicht vereinbar sein kann.

94 Forderungen:

- 95 • Pflichtverteidiger\*innen für alle: Damit sich nicht nur Reiche bei "kleinen"  
96 Delikten einen Rechtsbeistand leisten können.
- 97 • Keine Rosinenpickereien für die Richter\*innen bei der Auswahl der  
98 Pflichtverteidiger\*innen: Pflichtverteidiger\*innen werden von Richter\*innen  
99 nicht ausgewählt, sondern nach einem rotierenden Schema anhand einer Liste der  
100 Strafverteidiger\*innen angefragt.

101 **Bestrafung**

102 Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, muss seit der im Juni beschlossenen  
103 Justizreform nur noch halb so lange ins Gefängnis. Das ist zwar billiger, löst aber  
104 das soziale Grundproblem nicht.

105 Ersatzfreiheitsstrafen treffen vor allem diejenigen, die zu arm sind, sie zu zahlen  
106 oder die, bei denen es nichts zu pfänden gibt oder die, deren Leben schon derart in  
107 Schieflage geraten ist, dass sie Behördenpost nicht mehr aufmachen oder gar nicht  
108 verstehen.

109 Die Reform entlastet die Gefängnisse und damit den Staatshaushalt. Damit die Wurzel  
110 des Problems adressiert wird, müsste in aufsuchende Sozialarbeit investiert werden.

111 Es ist außerdem unwürdig, dass über eine Ersatzfreiheitsstrafe am Schreibtisch  
112 entschieden werden kann, ohne den\*die Angeklagte\*n jemals zu Gesicht bekommen zu  
113 haben.

114 Vor Gericht haben Angeklagte das Recht, das eigene Einkommen nicht offenzulegen. Bei  
115 gut Verdienenden besteht oftmals der Vorteil, dass das Einkommen deutlich niedriger  
116 geschätzt wird, als es in Wirklichkeit ist. Diese Tatsache führt zu einer weiteren  
117 Verzerrung des progressiven Geldstrafensystems.

118 Forderungen:

- 119 • Einkommen von Täter\*innen müssen stichfest erfasst werden, damit sich Reiche  
120 nicht ihren eigenen Strafrabatt geben können, weil unsere Justiz keine Einsicht  
121 auf die finanzielle Situation nehmen kann.

## Antrag I06: Hands off my Hijab!

Sachgebiet:

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

1 Es scheint, als würde keine Möglichkeit ausgelassen werden, Hijab-tragenden Menschen  
2 das Leben zu erschweren. Das betrifft nicht nur waghalsige Debatten über sog.  
3 Kopftuchverbote für Lehrerinnen oder Verwaltungsbeamtinnen, sondern auch das im März  
4 2021 in Kraft getretene „Justizneutralitätsgesetz NRW“. Bei Verabschiedung dieses  
5 Gesetzes im Landtag enthielt sich die SPD-Landtagsfraktion und distanzierte sich  
6 somit nicht zu gegebenem Zeitpunkt von diesem von Antifeminismus und Rassismus  
7 geprägten Gesetz. Inhalt des JNeutG NRW ist ein de facto Kopftuchverbot für alle in  
8 der nordrhein-westfälischen Justiz beschäftigten Personen, also u.a. Richter\*innen,  
9 Staatsanwält\*innen, Justizvollzugsbeamt\*innen.

10 Das Gesetz impliziert, dass Kopftuchträger\*innen nicht in der Lage sind, neutrale  
11 Urteile zu fällen. Diese Implikation ist eine höchst rassistische, denn sie verkürt  
12 eine persönliche Identität zu einem mit richterlicher Neutralität nicht zu  
13 vereinbaren Politikum. Tenor des Gesetzgebers: „Sei wer du willst, aber wenn du dich  
14 entscheidest, ein Kopftuch zu tragen, kannst du nicht mehr für die Werte deines  
15 Landes sprechen.“ Es folgt der rassistischen Grundannahme, dass *weiße*, christlich  
16 sozialisierte Menschen in Deutschland als Mehrheitsgesellschaft eine Neutralität  
17 verkörpern, die von marginalisierten Gruppen nur durch Assimilation erreicht werden  
18 kann. Diese „weiße Neutralität“ lässt dabei alle anderen persönlichkeitsformenden  
19 Faktoren außer Acht. Neutralität setzt sich allerdings aus Dutzenden dieser Faktoren  
20 zusammen und kann nie vollständig nachgewiesen werden, sondern besteht nur in einem  
21 Vertrauensverhältnis zwischen Beamtin und Dienstherr. Dass Kopftuchträgerinnen dieses  
22 Vertrauen also von Anfang an verwehrt wird, ist also mit keinem antirassistischen und  
23 feministischen Selbstverständnis vereinbar. Die freie Entscheidung, ein Kopftuch zu  
24 tragen, wird also in einem komplett fahrlässigen Verhältnis mit dem Eid auf die  
25 Verfassung und dem tatsächlichen beruflichen Handeln aufgewogen. In Deutschland ist  
26 es kein Widerspruch, tagsüber Recht zu sprechen und abends am AfD-Stammtisch zu  
27 pöbeln, aber als Kopftuchträgerin den Staat und dessen Werte repräsentieren zu  
28 wollen, geht scheinbar zu weit.

29 Das Kopftuchverbot erschwert es ohnehin schon diskriminierten Musliminnen und Women  
30 of Colour (WoCs), sich systematisch in die Gesellschaft einbringen zu können und den  
31 mit einem Job in der Justiz einhergehenden sozialen Status zu erlangen. In unseren  
32 Augen liegt hier ein erheblicher Eingriff in die Glaubens- und in die Berufsfreiheit  
33 vor. Ein pluralistischer Staat hat sicherzustellen, dass sich die Pluralität der  
34 Gesellschaft auch in seinen Entscheidungsträger\*innen widerspiegelt. Der Mangel an  
35 Repräsentation von Hijab-tragenden Musliminnen ist zu bedauern, da ihnen systematisch  
36 die Chance auf Vorbildfunktionen genommen wird. Dazu gehört, dass von der  
37 Gesellschaft das Zeichen des Kopftuches fortbestehend als Zeichen der zugeschriebenen  
38 Unterdrückung betrachtet wird, sodass die Rechtfertigung der Glaubensrichtung nun  
39 auch auf dem Berufsmarkt zum Standard wird.

40 Insbesondere Frauen, die aufgrund zugeschriebener Merkmale und ihrer Religion  
41 diskriminiert werden, sollten Mitspracherecht in Beamtenpositionen haben. Dass diese  
42 auch noch geringere, bis keine Chancen auf bestimmte Berufsgruppen haben, passt nicht  
43 zu den Fortschritten und Werten, die wir als Jusos vertreten wollen. Nur das Recht

44 auf anonyme Bewerbungsverfahren und das Außerkraftsetzen des sogenannten  
45 Justizneutralitätsgesetzes können dem entgegenkommen.

46 Ein spezifisches Verbot kopftuchtragender Frauen in der Landesjustiz geht mit der  
47 systematischen Diskriminierung und Unterdrückung gegen Frauen und antimuslimischen  
48 Rassismus einher; Frauen haben es ohnehin schwieriger in höher gestellten Positionen  
49 arbeitstätig zu werden und Musliminnen werden aufgrund ihrer Religion gerade im  
50 Arbeitssektor intersektional diskriminiert. Es ist wichtig, dass einzelne  
51 Vertreterinnen einer Institution nicht mit dem generellen Selbstverständnis der  
52 Institution gleichgesetzt werden. Ein Kruzifix im Gerichtssaal ist ein unzulässiges  
53 religiöses Bekenntnis der Judikative - die Kombination von Kopftuch und  
54 Richterinnenrobe ist es nicht.

55 **Daher fordern wir:**

- 56 • Die NRW SPD-Fraktion hat sich für die Wiederabschaffung des JNeutG einzusetzen.
- 57 • Das Land NRW hat Vorschläge zu unterbreiten, wie der Diskriminierung von  
58 kopftuchtragenden Personen in Bewerbungsverfahren des Landes entgegengewirkt  
59 werden kann.
- 60 • Die SPD-Fraktion hat sich für die schnelle Erarbeitung und Institutionalisierung  
61 eines Landesantidiskriminierungsgesetzes einzusetzen, welches die skizzierten  
62 Problemkontexte berücksichtigt.
- 63 • Das Justizministerium NRW hat darzulegen, wie viele Frauen seit März 2021  
64 aufgrund des Gesetzes ihre Beschäftigung verloren haben. Diese sind angemessen  
65 zu entschädigen.

## Antrag I09: Ankommen einfacher machen

Sachgebiet:

I - Innenpolitik, Migration und Justiz

### 1 **Behörden verständlicher gestalten**

2 Migration und Integrationsprozesse sind geprägt durch einen hohen Grad an Bürokratie.  
3 Insbesondere kommunale Integrationszentren beklagen sich über Hürden bei  
4 Behördengängen, dabei ist insbesondere das Ankommen eine wichtige Grundlage für die  
5 Integration. Besonders Behördensprache ist nicht nur für Migrant\*innen eine besondere  
6 Herausforderung, viele Begriffe sind in den Herkunftssprachen nicht existent und auch  
7 nicht in diese übersetzbar. Oft sind es Heranwachsende, die ihre Eltern deshalb  
8 unterstützen müssen.

9 Deshalb möge die Landeskonzferenz beschließen:

- 10 • Dass alle Webseiten der Bundesbehörden sowie städtische Webseiten, insbesondere  
11 die der Ausländerbehörde sowie die der Arbeitsagenturen auf mehreren Sprachen  
12 verfügbar sind. Allen voran sollten neben den Sprachen Deutsch und Englisch auch  
13 Sprachen verfügbar sein, welche in der jeweiligen Kommune oder Stadt am  
14 häufigsten gesprochen werden.
- 15 • dass Schreiben der Behörden der Kommunen für Zugewanderte, nicht  
16 Muttersprachler\*innen, in mehreren Sprachen angeboten werden sollen. Neben  
17 Deutsch sollten behördlichen Schreiben bei Bedarf zusätzlich in einer  
18 fremdsprachlichen Fassung, beispielsweise Englisch, Türkisch, Arabisch,  
19 Rumänisch oder Bulgarisch, zur Verfügung stehen.
- 20 • Die anfallenden Kosten, für die flächendeckende Einführung und Verfügbarstellung  
21 von Mehrsprachigkeit, müssen vom Land NRW getragen werden und keine finanzielle  
22 Mehrbelastung für die Kommunen darstellen.

### 23 **Integration durch Sport und Kultur**

24 Deutschland hat ein besonderes Vereinswesen. Viele dieser Vereine leisten durch  
25 Veranstaltungen, Angebote und Miteinander einen großen Beitrag zur Integration. Dabei  
26 stoßen sie aber oft auf Probleme, wie die richtige Ansprache oder fehlende  
27 Bekanntheit in den Communities vor Ort. Aus diesem Grund fordern wir Unterstützung,  
28 die Zugewanderten die Teilhabe an Gesellschaft ermöglicht und Hürden aufhebt, deshalb  
29 fordern wir:

- 30 • dass die Kommunen Zugezogenen Menschen unabhängig der Herkunft, Vereinstickets  
31 oder Gutscheine zur Verfügung stellt. Diese können für eine einjährige  
32 Mitgliedschaft in einem Verein der Wahl genutzt werden. Die hierfür anfallenden  
33 Kosten sollen durch einen langfristigen Finanzierungsposten „Integrationswesen  
34 und Vereine stärken“ des Landes NRW an die jeweiligen Kommunen ausgezahlt  
35 werden.

36 **Ankommen und Gesundheitsvorsorge - Anspruch auf Gesundheitsvorsorge stärken**

37 Leider erleben wir, dass Schutzsuchende und geduldete Menschen durch das  
38 Asylbewerber\*innenleistungsgesetz von einer umfangreichen und präventiven  
39 Gesundheitsvorsorge ausgeschlossen werden. Nicht nur der strukturelle Ausschluss  
40 bildet ein Problem, auch der damit zusammenhängende Verwaltungsaufwand, der mit der  
41 Erteilung von Behandlungsscheinen in Verbindung steht, stellt an dieser Stelle ein

42 Problem dar. Deshalb fordern wir:

- 43 • Die flächendeckende Einführung der elektronisches Gesundheitskarte für
- 44 Geflüchtete in NRW und die Übernahme der dafür anfallenden Kosten durch das Land
- 45 NRW.

# Antrag K01: Klimaschutz ohne Klassenkampf ist Gartenarbeit – Klasse und Klima in unserer kapitalistischen Gesellschaft

Sachgebiet:

K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

1 „Du hast immer viel gelacht über Kinder aus dem Plattenbaugebiet am Rand der Stadt.  
2 Was tragen die für Sachen? [...] Warum komm'n die mit der Straßenbahn und werden nicht  
3 gebracht? [...] alle seh'n den Unterschied. Hundert Euro liegen zwischen angesehen und  
4 unbeliebt.“

5 Der Künstler Kummer beschreibt in seinem Song „Wie viel ist dein Outfit wert?“  
6 Unterschiede aufgrund des Wohnortes, der Mobilität & der Kleidung, die bewertet bzw.  
7 hier als „unbeliebt“ abgewertet werden. Diese Unterschiede in den Lebensumständen  
8 können als Klassenunterschiede bezeichnet werden. Ein anderer Begriff für Schicht  
9 oder Milieu ist Klasse. Bildend für eine Klasse werden die unterschiedlichen  
10 Lebensumstände wie die sozioökonomischen Verhältnisse wie z. B. Einkommen, Macht,  
11 Bildung usw. angesehen.

12 In verschiedenen Bereichen gibt es in Deutschland eine Trennlinie entlang des  
13 Einkommens, entlang der Klassenzugehörigkeit & Klassenherkunft. In einer  
14 kapitalistischen Gesellschaft bestimmen die Besitzunterschiede über die Klassenlage  
15 eines Menschen. Die Klassenherkunft entscheidet in Deutschland im Zusammenspiel mit  
16 weiteren Vielfaltsdimensionen wie ethnische Herkunft, Geschlecht oder Behinderung z.  
17 B. stark darüber mit, ob Menschen reich oder vermögend werden können. Laut dem  
18 Ökonomen Karl Marx hat Klasse auch immer etwas mit der Ausbeutung von Arbeitskraft zu  
19 tun. Von Ausbeutung durch Arbeit sind Menschen betroffen, die ihre Arbeitskraft  
20 verkaufen müssen. Karl Marx ging davon aus, dass es Menschen in einer  
21 kapitalistischen Gesellschaft gibt, die genau dies tun müssen und Menschen, die die  
22 Produktionsmittel bzw. das Kapital innehaben. Die\*rjenige, die\*r ihre Arbeitskraft  
23 verkauft, behält nicht den Mehrwert, den die eigene Arbeitskraft schafft, sondern  
24 die\*rjenige mit den Produktionsmitteln.

25 Mehr als hundert Jahre später ist diese Analyse aktueller denn je. Es gibt einige  
26 wenige Personengruppen, die große Mengen an Kapital auf sich konzentrieren und einen  
27 Großteil der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft verkaufen muss und trotzdem immer  
28 noch in Armut leben muss oder kurz davor ist zu verarmen. In Europa sind in fast  
29 keinem anderen Land die Privatvermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Die  
30 Daten der EZB-Vermögenserhebung wurden von einem Team um Stefan Bach von dem  
31 Deutschen Institut der Wirtschaftsforschung (DIW) ergänzt um die Schätzung des  
32 Vermögens von Superreichen aus sog. Reichenlisten für Deutschland. Nach diesem  
33 Ergebnis besitzen in Deutschland 45 der reichsten Haushalte so viel wie die gesamte  
34 ärmere Hälfte der Bevölkerung. Nach dem DIW werden die Abstände beim Vermögen bei  
35 denen die Erben und denen, die leer ausgehen, immer größer. Kinder, die in Haushalten  
36 aufwachsen, die bereits höhere Einkommens- und Vermögensniveaus besitzen, erhalten  
37 später im Schnitt höhere Erbschaften und Schenkungen. Gleichzeitig steigen die Zahlen  
38 der Armutsbetroffenen in Deutschland. Im April 2023 waren 14,1 Millionen Menschen in  
39 Deutschland von Armut betroffen. Dies sind 16,9 % der Bevölkerung, von der besonders  
40 Kinder und Jugendliche betroffen sind. Armut wirkt sich auf das ganze Leben und der  
41 Teilhabe- sowie Verwirklichungschancen der Kinder und Jugendlichen in der

42 Gesellschaft aus. Auch im Bereich der Arbeit und des Arbeitsschutzes gibt es in  
43 Deutschland erhebliche soziale Unterschiede. Die Art wie Menschen in Deutschland  
44 arbeiten und wie gut sie in ihren Arbeitsverhältnissen vor Gefahren, Krankheit und  
45 Ausbeutung geschützt sind unterscheidet sich immer noch stark und wird durch Faktoren  
46 wie den Aufenthaltsstatus, eine Behinderung, das Geschlecht, den Bildungsgrad oder  
47 die Branche entschieden. Damit eng verknüpft ist der Auftrag der Gewerkschaften in  
48 allen Branchen und für alle Arbeitnehmer\*innen für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen.

49 Zu den beiden größten Bedrohungen der Weltgemeinschaft gehören die Klimakrise und die  
50 soziale Ungleichheit. Der Klimawandel und die Auswirkungen auf die Weltgemeinschaft  
51 werden bestehende Ungleichheiten verschlimmern. Die Prognosen verschiedener  
52 Forschungsinstitute zeigen, dass der Klimawandel in den Regionen der Welt die  
53 stärkste Betroffenheit hervorruft, deren Beitrag zum Klimawandel am geringsten ist.  
54 Diese Ungerechtigkeit zeigt sich nicht nur im Verhältnis des globalen Nordens zu dem  
55 globalen Süden, sondern zeigt sich auch zwischen den unterschiedlichen  
56 Einkommensgruppen der Industrienationen. Die Klassenzugehörigkeit hängt eng mit dem  
57 Beitrag einer Person zum Klimawandel sowie dessen Betroffenheit vom Klimawandel  
58 zusammen.

59 Im Zusammenhang zu der Klimakrise und Klassismus hat der Soziologe Andreas Kemper die  
60 Analyse des Klima-Klassismus vorgelegt. Die Soziolog\*in Franzis Seeck beschreibt  
61 Klassismus als das systematische abgeschnitten werden oder einen erschwerten Zugang  
62 zu Ressourcen wie Geld, Bildung, Anerkennung und Teilhabe, aufgrund der  
63 Klassenherkunft z.B. Arbeiter\*innenkinder, Kinder von Armutsbetroffenen und  
64 Klassenzugehörigkeit z.B. wohnungslose, obdachlose, erwerbslose, arme Menschen.

65 Hiervon besonders armutsgefährdet sind mehrfachmarginalisierte Menschen. Eine  
66 intersektionale Analyse bietet der Schwarze Marxismus nach Cedric J. Robinson. Im  
67 Kontext des Black Marxism ist Ausbeutung als zentraler Aspekt des Kapitalismus eng  
68 mit Rassismus, Sklaverei und der Unterdrückung von Schwarzen Menschen verbunden.  
69 Insgesamt wird ein nuancierteres und umfassenderes Verständnis der Beziehung zwischen  
70 Race und Klasse angestrebt. Das Ziel: eine gerechtere und ausgewogenere Gesellschaft  
71 für alle und insbesondere für historisch Marginalisierte/ Unterdrückte.

72 Klima-Klassismus zeigt sich laut Kemper auf drei Ebenen:

73 Die erste Ebene des Klima-Klassismus ist, dass vermögende Menschen mehr zur  
74 Klimakrise beitragen, aufgrund dessen, dass sie mehr konsumieren und damit einen  
75 höheren CO2 Verbrauch haben. Vermögend sind vor allem weiße, westeuropäische,  
76 christliche, cis hetero Männer ohne Behinderung. Die Ursache liegt ausgehend vom  
77 Kapitalismus im Kolonialismus. Das bedeutet, dass die Überwindung des Kapitalismus  
78 nicht Unterdrückungsformen wie Rassismus, weißer Vorherrschaft, als auch Sexismus,  
79 Queerfeindlichkeit und Ableismus nicht automatisch mit abschafft.

80 So verursacht laut dem World Inequality Database (2022) das vermögensreichste ein  
81 Prozent in Deutschland 120 Tonnen CO2 pro Jahr. Diese Personengruppe verbraucht  
82 dreimal so viel wie die obersten zehn Prozent in Deutschland mit 34 Tonnen und  
83 zwanzigmal so viel wie die untere ärmere Hälfte der Bevölkerung mit 5,9 Tonnen pro  
84 CO2 pro Jahr. Eigentlich hat jeder Mensch nach aktuellen Berechnungen von Prof. Hans  
85 Joachim Schellnhuber (ehemaliger Direktor vom Potsdam Institut für  
86 Klimafolgenforschung), wenn das Minimalziel des Pariser Klimaabkommens ("unter 2  
87 Grad") als Maßstab genommen wird, nur noch 3 Tonnen CO2 pro Kopf und pro Jahr zur

88 Verfügung. Nach den Daten des World Inequality Lab verursacht das reichste ein  
89 Prozent der Weltgemeinschaft, dies sind knapp 80 Millionen Menschen, welche ein  
90 Vermögen von mindestens einer knappen Millionen Dollar haben, 17 Prozent aller  
91 Treibhausgase. Die reichsten 10 Prozent der Menschen sind für fast die Hälfte aller  
92 Emissionen verantwortlich. Auf mehr als 2.300 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr pro Kopf kommen  
93 Superreiche mit dem größten Vermögen weltweit. Während die Emissionen der reichsten  
94 Menschen seit den 1990er Jahren deutlich gestiegen sind, verzeichnet die weltweite  
95 Mittelschicht einen Emissionsrückgang. 2015 wurde in Paris das Ziel, die Erderwärmung  
96 auf „deutlich unter 2 Grad“ zu begrenzen, von den Vereinten Nationen vereinbart. Auch  
97 Deutschland hat dieses Ziel völkerrechtlich verbindlich vereinbart, dennoch fehlt es  
98 an politischen Maßnahmen, massive soziale Ungleichheit zu bekämpfen und dem  
99 Konsumrausch dem reichsten Teil der Bevölkerung Einhalt zu gebieten. Deren  
100 übermäßiger Konsum aber auch die Beteiligung von Großkonzernen sowie des Globalen  
101 Nordens an koloniale Kontinuitäten führt bereits aktuell dazu, dass Menschen durch  
102 den Klimawandel weltweit ihr Zuhause und ihr Leben verlieren. Dies wirkt besonders  
103 fatal, wenn sich die Prognosen zu den Folgen der Erderhitzung vor Augen geführt wird.  
104 Laut dem Statistiker Adrian Raftery wird es bei einer Erwärmung von 1,5 Grad zu  
105 extremen Hitzewellen, Flut- und Dürrekatastrophen kommen, bei einer Erderwärmung um  
106 2,0 Grad wird es zu Sommer kommen bei denen das Hinausgehen tödlich sein kann und ein  
107 erhöhtes Risiko für Lebensmittelknappheit besteht, bei einer Erderwärmung um 3,0  
108 besteht ein hohes Risiko eines unaufhaltsamen Kreises der Erhitzung sowie von  
109 Hungernöten, Dürren und hierdurch zu Chaos und Krieg, bei einer Erwärmung um 4,0 Grad  
110 wird es jeden Sommer tödliche Hitzewellen, überschwemmte Städte, zerstörte Ökosysteme  
111 geben und bei einer Erderwärmung um 5,0 Grad wird an den meisten Orten der Welt  
112 menschliches überleben unmöglich werden. Diese Folgen sind im Globalen Süden schon  
113 längst Realität. Der 6. Sachstandsbericht des Weltklimarates vom August 2021  
114 beschreibt, dass bereits aktuell der vom Menschen verursachte Klimawandel sich auf  
115 die Wetter- und Klimaextreme in allen Regionen der Welt und besonders stark im  
116 Globalen Süden auswirkt. Sie beschreiben, dass viele Veränderungen im Klimasystem in  
117 unmittelbarem Zusammenhang mit der globalen Erwärmung größer werden. Hitzeextreme,  
118 Starkniederschläge, landwirtschaftliche, ökologische Dürren, Wirbelstürme, aber auch  
119 der Rückgang des arktischen Meereises, Schneebedeckung sowie Permafrost haben eine  
120 Zunahme in der Häufigkeit und Intensität erfahren.

121 Auf die Folgen des Klimawandels zielt die zweite Ebene des Klima-Klassismus. So  
122 gefährden die Folgen Klimakatastrophen arme Menschen weltweit am stärksten.

123 Armutsbetroffene sind Klimaereignissen und deren Folgen unmittelbar und häufiger  
124 ausgesetzt. Sozioökonomisch benachteiligte Menschen leben eher in Gebieten, die von  
125 Starkwetterereignissen betroffen sind, leben häufiger in Gebäuden mit schlechter  
126 Bausubstanz oder in gar keinen Gebäuden und werden stärker durch Lärm und  
127 Luftschadstoffe belastet. Des Weiteren haben sie keine oder nur wenig Ressourcen, um  
128 sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen oder Vorbeugungen oder Reparaturen zu  
129 leisten. Auch die extremen Preissteigerungen für Nahrungsmittel oder andere Güter des  
130 alltäglichen Bedarfs belasten einkommensbenachteiligte Gruppen. Als eine politische  
131 Maßnahme gegen die Vergrößerung von sozialer Ungleichheit kann effektive Klimapolitik  
132 betrachtet werden. Hierfür müssten allerdings intersektionale Perspektiven politisch  
133 mit eingebunden, die Sorgen Ängste und Nöte aller Klassen ernst genommen werden und  
134 Verteilungswirkungen bei Klimaschutzmaßnahmen mitgedacht werden. Aktuell sind die



135 Interessen bestimmter Klassen, der Oberschicht und des reicheren Bildungsbürgertums,  
136 politisch überrepräsentiert, wohingegen die politischen Interessen und Perspektiven  
137 von armutsbetroffenen Menschen kaum bis gar nicht repräsentiert werden. Dies hat auch  
138 Auswirkungen auf politische Entscheidungen, den Umgang mit Krisenlagen und der Art  
139 und Weise wie politische Akteur\*innen im politischen Diskurs auftreten.

140 Die dritte Ebene des Klima-Klassismus berührt den Aspekt, dass klimapolitische  
141 Maßnahmen, welche die Nöte der einkommensbenachteiligten Haushalte ignorieren,  
142 ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse verstärken.

143 Dies ist besonders beachtenswert, da soziale Ungleichheit als ein Emissionstreiber  
144 gesehen werden kann und wie bereits beschrieben die Klimakrise sowie die soziale  
145 Ungleichheit zu den größten Bedrohungen für die Weltgemeinschaft gehören. Dennoch  
146 sind politische Debatten, die in den Bereich der Bekämpfung sozialer Ungleichheit  
147 fallen von Armenhass und Klassismus geprägt und im Bereich der Klimapolitik werden  
148 häufig die Lebensrealitäten armer Menschen sowie ihre Sorgen und Ängste nicht  
149 allumfänglich in den Blick genommen. So gaben Bundespolitiker\*innen,  
150 Ministerpräsidenten sowie Personen in höheren politischen Positionen in Zeiten der  
151 Gasknappheit und der steigenden Preisen im Jahr 2022 Haushaltstipps wie „noch einen  
152 zweiten Pullover“ anzuziehen (Wolfgang Schäuble, CDU), „der Waschlappen ist auch eine  
153 brauchbare Erfindung“ (Winfried Kretschmann, Grüne) oder „man ist auch frisch  
154 morgens, wenn man kalt duscht“ (Wolfgang Kubicki, FDP). Hier erklären Menschen, die  
155 politische Macht besitzen und ein fünfstelliges Einkommen haben, Menschen, die sich  
156 von den steigenden Preisen belastet fühlen, dass sie ein strukturelles Problem, was  
157 eigentlich politisch gelöst werden müsste, individuell durch vermeintlichen Verzicht  
158 oder Einsparung lösen könnten. Dabei wissen arme Menschen nicht erst seit der  
159 Energiekrise im letzten Jahr wie hart es ist zu sparen und wie man spart. Gegen die  
160 sozialen Risiken, die Folgen der Klimakrise und für den gesellschaftlichen  
161 Zusammenhalt bieten klimapolitische Entscheidungen eine Möglichkeit umfassende  
162 Umverteilung zu bewirken. Eine solche umfassende Umverteilung könnte soziale  
163 Ungleichheit abbauen und für Akzeptanz bei den Klimaschutzmaßnahmen sorgen.

164 Wie bereits beschrieben wirkt Klima-Klassismus nicht nur vor der eigenen Haustüre,  
165 sondern weltweit, indem die profitierenden gesellschaftlichen Gruppen des  
166 kapitalistischen Systems im globalen Norden wie z.B. Superreiche oder international  
167 handelnde Unternehmen eine große Verantwortung tragen für die Klimakrise, da sie  
168 überdurchschnittlich viel CO2 emittieren. Gleichzeitig sind wie beschrieben weltweit  
169 arme Menschen von den Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen. Während in  
170 Deutschland oft noch gezögert wird mit Klimaschutzmaßnahmen, wie man an der aktuellen  
171 Debatte zum Gebäudeenergiegesetz bestens nachvollziehen kann, können Menschen im  
172 Globalen Süden schon lange nicht mehr die Klimakrise als ein fernliegendes Problem in  
173 der Zukunft betrachten, da sie bereits heute die vollen Ausmaße der Krise tagtäglich  
174 erleben. Seit Jahren belasten extreme Wetterereignisse und Naturkatastrophen  
175 besonders indigenes Land, besonders die Menschen im globalen Süden sind von  
176 Überschwemmungen und Vertreibungen betroffen. Die Klimakrise ist strukturell  
177 rassistisch, kapitalistisch und durch ihre historische Verbundenheit zum Kapitalismus  
178 kolonialistisch. In Regionen der Erde, in denen der Klimawandel zu Regenmangel und  
179 Ernteauffällen führt, zeigt sich, dass vor allem FINTA of Color über weniger Geld als  
180 weiße Männer, die sich dadurch auch seltener alternative Bewässerungssysteme. Unser

181 europäisches Verständnis der Klimakrise muss daher als koloniale Kontinuität  
182 begriffen werden. Noch bis heute findet die „Zusammenarbeit“ des globalen Südens und  
183 des globalen Nordens nicht auf Augenhöhe statt, was zur Folge hat, dass die  
184 Perspektiven von armen Menschen aus dem globalen Süden nicht bei den klimapolitischen  
185 Maßnahmen des globalen Nordens beachtet werden.

186 Vor diesem Hintergrund und unserem Selbstverständnis, dass Klimapolitik sozial  
187 nachhaltig und gerecht sein muss, schließen wir uns den Forderungen für klimasoziale  
188 Maßnahmen an, die bei der Armutskonferenz im Herbst 2021 unter dem Titel  
189 „Armutsbekämpfung durch klimasoziale Politik“ getroffen worden sind. Daher fordern  
190 wir:

- 191 • **Verbote des verschwenderischen Lebensstils von Reichen und Superreichen wie z.**  
192 **B. ein Privatjetverbot.**
- 193 • **Das ernst nehmen und beteiligen von armutsbetroffenen Perspektiven in**  
194 **klimapolitischen Entscheidungen.**
- 195 • **Schutz von insbesondere marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen wie**  
196 **armutsbetroffenen Menschen vor den Folgen des Klimawandels.**
- 197 • **Anerkennung und Übernahme von Verantwortung der Klimakrise von den**  
198 **profitierenden gesellschaftlichen Gruppen des kapitalistischen Systems im**  
199 **globalen Norden.** Zur Verantwortungsübernahme gehört für uns, dass die ärmsten  
200 Länder der Weltgemeinschaft in ihren Anpassungen an den Klimawandel unterstützt  
201 werden müssen und eine deutliche Reduktion der Treibhausgasemissionen bei den  
202 Verursachern der Klimakrise erzielt werden muss. Des Weiteren muss die  
203 Klimakrise als koloniale Kontinuität begriffen werden. Auch sollte eine  
204 Aufarbeitung der Verbindung der heutigen kapitalistischen patriarchalen  
205 Strukturen zur kolonialen Vergangenheit geschehen. Eine gerechtere Verteilung  
206 der Ressourcen innerhalb der Weltgemeinschaft sollte erzielt werden sowie faire  
207 Handelsbedingungen geschaffen werden, um die heute noch bestehende  
208 wirtschaftliche Abhängigkeit Kolonien zu verringern.
- 209 • **Teilhabe am sozialen Leben durch den Zugang zur nachhaltigen Energie für alle**  
210 **Menschen.** Energie und Wohnen müssen als Grundbedürfnisse behandelt werden.  
211 Abgeschnitten zu sein von Energie führt zum sozialen Ausschluss von Menschen.  
212 Dies wurde besonders während der Corona-Krise deutlich. Daher braucht es eine  
213 Ratifizierung der Artikel 30 (Recht auf Schutz gegen Armut und sozialer  
214 Ausgrenzung) und Artikel 31 (Recht auf Wohnung) der Europäischen Sozialcharta,  
215 damit diese Grundbedürfnisse Verfassungsrang erhalten.
- 216 • **Klimafreundliches und energieeffizientes Wohnen für alle Menschen ermöglichen.**  
217 Für armutsbetroffene Haushalte sind Sanierungen nicht leistbar und müssen  
218 dennoch vor dem Hintergrund der Folgen des Klimawandels umsetzbar sein.  
219 Förderungen sollten die vollen Kosten übernehmen und Kosten der  
220 Energieeffizienzsteigerung sollten nicht auf den Mieter\*in umgelegt werden  
221 können. Hier braucht es den Schutz von Mieter\*innen.
- 222 • **Ausbau von klimasozialer Mobilität.** Der öffentliche Verkehr muss so ausgebaut  
223 werden, dass öffentliche Verkehrsmittel in ausreichender Frequenz und für alle  
224 kostenfrei zur Verfügung stehen müssen. Der Individualverkehr muss dort, wo es  
225 möglich ist, z. B. in städtischen Regionen auf ein Minimum reduziert werden.

226 Enorme ökologische und soziale Folgen haben der motorisierte Individualverkehr  
227 und die Möglichkeit, jederzeit überall hinfliegen zu können. Hier bedarf es  
228 einer drastischen Reduktion des Individualverkehrsaufkommens der Oberklasse und  
229 der oberen Mittelklasse und eine Förderung von kollektiver Mobilität sowie einer  
230 Abschaffung des Flugverkehrs durch Privatjets. Parallel muss die aktive  
231 Mobilität (Fahrradfahren und zu Fuß gehen) und in Regionen, in denen der  
232 Individualverkehr wie ländliche Regionen gebraucht wird, für armutsbetroffene  
233 und arme Arbeiter\*innen gefördert werden.

234 • **Eine für alle leistbare klimaneutrale Ernährung.** Gesunde Lebensmittel im  
235 öffentlichen Bereich wie Schulen, Kindergärten und Kantinen müssen angeboten und  
236 eine Überproduktion von Lebensmitteln sollte verhindert werden. Des Weiteren  
237 sollte ehrenamtliche Arbeit, die das Retten von Lebensmitteln beinhaltet,  
238 entkriminalisiert werden.

239 • **Eine sozialökologische Steuerreform.** Wie die schrittweise Einführung einer CO2-  
240 Steuer, die eine tatsächliche Entlastung und Unterstützung für untere Einkommen  
241 und armutsgefährdete Personen gewährleistet sowie Unterstützung für notwendige  
242 größere Investitionen wie einen Tausch des Heizsystems, Gebäudedämmung usw.  
243 ermöglicht.

## Antrag K03: Zeitenwende? Klimawende? Kommunikationswende!

### Sachgebiet:

K - Klimapolitik, Umwelt- und Tierschutz

1 Insbesondere in den letzten sechs Jahren stieg die Aufmerksamkeit der Menschen und  
2 der Politik, in Bezug auf ein dringend notwendiges Handlungsbewusstsein aufgrund des  
3 Klimawandels. Einen großen Anteil daran hatte der Aktivismus von Fridays For Future  
4 und Greta Thunberg, welche insbesondere junge Menschen stark für die Umwelt  
5 sensibilisierte. Auf politischer Ebene folgten Klimaabkommen, wie das berühmte  
6 Pariser Klimaabkommen von 2016, bei welchem sich viele Staaten international  
7 verständigten, sich dafür einzusetzen, eine globale Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad  
8 Celsius zu begrenzen.

9 Deutschland verfehlt aktuell diese Ziele – und die Bundesregierung nimmt es  
10 stillschweigend hin.[1] Jahr für Jahr brechen wir nun immer wieder Hitzerekorde –  
11 überall auf der Welt.[2] Die Temperaturentwicklungen in der Arktis und in den Ozeanen  
12 sind noch von deutlich größerer Signifikanz.[3] Nicht nur schmelzen an den Polkappen  
13 die Gletscher und Permafrostböden, welche sich über hunderttausende Jahre gebildet  
14 haben, wodurch bereits heute der Meeresspiegel ansteigt. Auch schmelzen die Gletscher  
15 in Gebirgen, wie beispielsweise in den Alpen oder Dolomiten. Immer wieder wird z.B.  
16 über Wasserknappheit in Norditalien berichtet. Große Seen, wie der Gardasee, mögen  
17 heute noch gut gefüllt sein – versiegt jedoch der Wasserfluss durch die aufgelösten  
18 und sich nicht regenerierenden Gletscher, werden ganze Versorgungssysteme  
19 zusammenbrechen, geschweige denn Ökosysteme. Diese Entwicklungen sind bereits noch  
20 stärker in südlichen Hemisphären zu beobachten. Hinzu kommen immer verheerendere  
21 Naturkatastrophen und Wetterextreme. Doch diese sind nur die Spitze des Eisbergs. Es  
22 sind bei weitem nicht nur Umweltverbände und Naturschutzorganisationen, welche heute  
23 immer wieder dafür plädieren, dem Klimawandel mehr entgegenzusetzen. Landwirtschafts-  
24 und Bauernverbände müssen Jahr um Jahr immer stärker um ihre Ernten fürchten, welche  
25 nicht nur durch Wetterextreme zerstört werden, sondern auch aufgrund einer sich immer  
26 kritischer entwickelnden Wasserversorgungslage gefährdet sind. Doch auch große  
27 Wirtschaftskonzerne plädieren für mehr Handlungs- und Weisungsbewusstsein der  
28 Politik.[4] Denn es ist wissenschaftlich unumstritten, dass uns der Klimawandel in  
29 der Zukunft noch deutlich mehr kosten wird – und dies ist finanziell durchaus  
30 kalkulierbar – wenn wir heute nicht handeln und vor allem eines nicht tun:  
31 Investieren.[5] Investitionen sind mehr als notwendig, um der Wirtschaft aber auch  
32 den Privathaushalten unter die Arme zu greifen und die Klimawende sozial gerecht zu  
33 gestalten. Dies ist unser sozialdemokratischer Anspruch.

34 Alle Veränderung nimmt ihren Anfang jedoch in der Kommunikation über diese. Und  
35 diesbezüglich müssen wir als treibende Kraft in der Politik und in der Gesellschaft  
36 deutlich mehr leisten, wie auch der von teils falschen Behauptungen geprägte Diskurs  
37 über das sog. Heizungsgesetz zeigt. Die Ampel-Regierung hat den Anspruch die  
38 Bundesrepublik zum Vorreiter der Klimawende zu machen und nicht nur in, sondern auch  
39 außerhalb von Europa beispielhaft zu zeigen, dass diese Wende funktioniert, sodass  
40 auch andere Staaten mitziehen, was wir wiederum auch fordern.[6] Wie aktuelle  
41 Umfragen zeigen, spielt für die meisten Wähler\*innen die Klimawende und der  
42 Klimawandel eine besonders wichtige Rolle. Aus diesem Grund müssen wir uns als Jusos  
43 dafür einsetzen, dass über die Klimawende nicht nur auf Konferenzen, sondern überall

44 gesprochen wird. Dabei geht es keinesfalls um Alarmismus, sondern vor allem um die  
45 Schaffung eines gesellschaftlichen Konsenses und Wissensstandes in Bezug auf die  
46 Konsequenzen des menschengemachten Klimawandels und dem daraus resultierenden  
47 Handlungsbewusstsein.

48

49 Aus diesem Grund sollen sich die Jusos einsetzen für:

- 50 1. Für eine realistische und handlungsorientierte Klimaschutzpolitik, welche sich  
51 nicht auf künftige Innovationswunder verlässt, sondern heute prüft, welche  
52 Maßnahmen ergriffen werden können.
- 53 2. Eine klarere Kommunikation und mediale Informationskampagne über die  
54 Ernsthaftigkeit der Konsequenzen des Klimawandels und dem dadurch resultierenden  
55 Handlungsbedarf.
- 56 3. Eine bessere Kommunikation in Bezug auf die Vorteile von expliziten Klimaschutz-  
57 und Klimawendemaßnahmen, sowie das Verdeutlichen der Konsequenzen des „Nicht-  
58 Handelns“.
- 59 4. Die Idee zur Einführung eines „Klima-Checks“, mit welchem barrierefrei und  
60 übersichtlich, digital die konkreten Auswirkungen von einzelnen Maßnahmen der  
61 Regierung allen Bürger\*innen zur Verfügung gestellt werden.

62

63 [\[1\]](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/klimaziele-deutschland-101.html) <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/klimaziele-deutschland-101.html>

64 [\[2\]](https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-wmo-klimabericht-2022-hitzerekord-1.5813289) <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimawandel-wmo-klimabericht-2022-hitzerekord-1.5813289>

66 [\[3\]](https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-erwaermung-in-arktis-fast-viermal-schneller-als-weltweit-a-454be6e1-8a3a-4ffe-ad3c-13a684206822) <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-erwaermung-in-arktis-fast-viermal-schneller-als-weltweit-a-454be6e1-8a3a-4ffe-ad3c-13a684206822>

68 [\[4\]](https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/allianz-otto-rossmann-69-unternehmen-fordern-mehr-klimaschutz-von-neuer-bundesregierung-a-e9057f47-472f-40d4-89e2-8d0cfc48fae3) <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/allianz-otto-rossmann-69-unternehmen-fordern-mehr-klimaschutz-von-neuer-bundesregierung-a-e9057f47-472f-40d4-89e2-8d0cfc48fae3>

71 [\[5\]](https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/kosten-klimawandel-2170246#:~:text=Mindestens%2014%20Milliarden%20Euro%20Schäden,280%20und%20900%20Milliarden%20Euro.) <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/kosten-klimawandel-2170246#:~:text=Mindestens%2014%20Milliarden%20Euro%20Schäden,280%20und%20900%20Milliarden%20Euro.>

75 [\[6\]](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2021/06/2021-06-23-klimaschutz-sofortprogramm-2022.html)

76 <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2021/06/2021-06-23-klimaschutz-sofortprogramm-2022.html>

## Antrag LA01: Resolution: Alerta, Alerta in Europa! - Bei diesem Wahlkampf geht es um unsere Demokratie!

Sachgebiet:

LA - Neu zum Landesausschuss eingegangene Anträge

1 In Europa haben rechtsextreme Parteien in den letzten Jahren an Stimmen dazugewonnen.  
2 Auch bei der kommenden Europawahl und den noch in diesem Jahr anstehenden  
3 Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg beabsichtigen sie, ihren  
4 Einfluss auszubauen, um demokratische Parlamente und Institutionen immer weiter  
5 auszuhöhlen und zu unterwandern. Schon jetzt sehen wir Blockadeversuche und  
6 Manipulationsversuche rechter Kräfte auf nationaler, wie auch europäischer Ebene.  
7 Diese sind das Geschäft derer, die von einer schwachen Demokratie und einem schwachen  
8 Staat profitieren. Wir Jusos stellen uns mit aller Kraft gegen das Erstarken des  
9 Rechtsextremismus und verlangen, dass auch alle staatlichen Ebenen unserer Demokratie  
10 alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um Angriffe auf die Demokratie  
11 abzuwenden!

12 Nicht erst seit dem faschistischen Vernetzungstreffen in Potsdam, wo Politiker\*innen  
13 der AfD, der WerteUnion und neurechte Kader aus der Identitären Bewegung wie Martin  
14 Sellner sich über ihre Deportationspläne ausgetauscht haben, wissen wir: Die Gefahr  
15 durch die neue Rechte ist real und breitet sich aus. Sie ist organisiert und hat  
16 einen umfassenden Plan, wie sie die Welt - Stück für Stück - in eine grauenhafte,  
17 faschistische Dystopie verwandeln will. Die neue Rechte denkt nicht von Wahlperiode  
18 zu Wahlperiode, sondern langfristig. Eine stetige Diskursverschiebung ist ihr Ziel,  
19 um das Sag- und Machbare immer weiter in die Richtung ihrer rassistischen,  
20 patriarchalen und völkischen Gewalt- und Deportationsfantasien zu lenken.

21 Einige dieser neurechten Verschwörer\*innen von Potsdam kommen aus NRW ---- und auch  
22 mit Blick auf die AfD-Wahlliste in NRW für die Europawahl ist deutlich zu erkennen:  
23 Es stehen Faschist\*innen zur Wahl und sie haben gute Chancen, ihre Macht im Parlament  
24 auszubauen. Wir machen es uns zur Aufgabe, ihnen mit allen Mitteln etwas entgegen zu  
25 setzen. Es bleibt Teil unseres politischen Daseins, Maxime all unseren Handelns:  
26 Antifa ist Handarbeit!

27 Wehrhaftes Europa?

28 Bereits nach der letzten Europawahl war der Begriff des Rechtsrucks in aller Munde.  
29 Aktuell gehören 139 der 705 Abgeordneten einer rechtsnationalen Partei an, sie teilen  
30 sich in zwei Fraktionen auf in denen sich neben der AfD etwa die Hetzer\*innen des  
31 Rassemblement National sowie der italienischen Meloni Partei Fratelli d'Italia  
32 zusammenschließen. Aber auch Fidesz, die Partei des ungarischen Ministerpräsidenten  
33 Orban zählt zu den rechten Stimmen innerhalb des aktuellen Europaparlaments. Doch  
34 nicht nur die schiere Anzahl rechter und völkischer Stimmen im europäischen Parlament  
35 muss uns besorgen. Denn wenn rechtsnationale Parteien und ihre Kandidat\*innen bei der  
36 nächsten Wahl wahrscheinlich sogar noch mehr Stimmkraft gewinnen, stellt das die  
37 europäische Ebene insgesamt vor grundlegende Probleme. Als Jusos verstehen wir, dass  
38 die europäische Idee in der Realität leider noch immer nur ferner Wunsch ist. Ob  
39 Abschottung oder fehlende soziale Absicherungsmechanismen: Das soziale und  
40 internationalistische Europa, das wir uns wünschen, ist nicht das Europa, das wir  
41 kennen. Schon lange wissen und mahnen wir außerdem, dass die demokratischen

42 Strukturen auf europäischer Ebene zu wünschen übrig lassen. Etwa die Möglichkeit des  
43 Vetos innerhalb des Rates führt allzu häufig zu Blockaden wichtiger europäischer  
44 Anliegen. Auch dass das europäische Parlament kein Initiativrecht für europäische  
45 Gesetze besitzt, sollte endlich geändert werden. Und schließlich müssen wir erkennen,  
46 dass die EU besser in der Lage sein muss sich vor Antidemokrat\*innen und jenen die  
47 gegen freiheitlich demokratische Prinzipien hetzen, zu wehren. Dabei geht es auch um  
48 die Maskierung von Faschist\*innen als Demokrat\*innen, sobald sie innerhalb  
49 demokratischer Fraktionen aufgenommen werden - So verließen die Abgeordneten der  
50 ungarischen Fidesz Partei zwar die EVP und sind zur Zeit keiner Fraktion im  
51 europäischen Parlament zugehörig. Gleichzeitig fällt der EVP Vorsitzende Manfred Weber  
52 aus der CSU jedoch wiederholt mit Entgleisungen auf, in denen er die Annäherung der  
53 Christdemokrat\*innen an Postfaschist\*innen fordert. In diesem Zusammenhang müssen wir  
54 klar und deutlich auf nationaler wie europäischer Ebene Haltung beweisen:  
55 Zusammenarbeit mit Faschist\*innen gehört sich für aufrechte Demokrat\*innen nicht.  
56 Nicht in Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene und nicht innerhalb von Fraktionen  
57 im europäischen Parlament!

#### 58 Festung Europa

59 Die neue Rechte ist international und europaweit vernetzt. Egal, ob sie sich "Neue  
60 Rechte", "New Right" oder "Nouvelle droite" nennt, eint sie ihre rassistische,  
61 antifeministische, antisemitische und faschistische Gesinnung. Gemeinsam arbeiten  
62 diese Kräfte daran, die EU weiter nach rechts zu treiben und damit ihre gewaltsame  
63 Abschottungspolitik zu ermöglichen. Unter dem haltlosen Vorwand von "Sicherheit" und  
64 dem "Schutz einer imaginierten europäischen Identität" betreiben sie eine völkisch-  
65 nationalistische Politik, wollen eine gesellschaftliche Hegemonie bewirken, die ihre  
66 menschenfeindlichen Ziele akzeptiert.

67 Dass der politische Diskurs selbst bei demokratischen Parteien in Deutschland zu  
68 verfangen scheint, ist für uns höchst alarmierend. Bezahlkarten werden eingeführt,  
69 Frontex wird ausfinanziert, GEAS wird als "historischer Erfolg" bezeichnet und bei  
70 der Forderung nach offenen EU-Außengrenzen stellen sich vermeintlichen  
71 Sozialdemokrat\*innen die Nackenhaare auf. Wir Jusos stellen fest, dass auch ein  
72 innerparteilicher Kampf für eine soziale, antirassistische Politik leider notwendig  
73 ist.

74 Damit die Europäische Union wieder das Friedensprojekt sein kann, das es sein sollte,  
75 setzen wir uns für eine progressive Politik wider der Abschottung ein. Auf nationaler  
76 und EU-Ebene wollen wir alles dafür tun, dass die EU-Wahl progressive Mehrheiten  
77 hervorbringt, gleichzeitig ist uns jedoch auch klar: Wir müssen grundsätzlich für das  
78 Europa streiten, das wirkliche Freiheit, Internationalismus und Demokratie bedeutet  
79 und zwar jenseits rassistischer Abschottung.

#### 80 Europa - was nun?

81 Unser Kampf für ein solidarisches Europa ist kein Selbstzweck und keine theoretische  
82 Träumerei. Denn wir wissen: So wie es ist, kann es nicht bleiben! Wir wollen nicht in  
83 Schockstarre oder Lethargie verfallen, wenn Nationalist\*innen und Faschist\*innen auf  
84 dem Vormarsch sind. Wir wollen nicht Ruhe geben wenn auch immer mehr Demokrat\*innen  
85 an der Diskursverschiebung mitarbeiten und die Festung Europas ausbauen. Wir  
86 akzeptieren nicht, dass die EU immer weiter entfernt ist von der eigentlichen Idee  
87 und weigern uns die aktuellen Zustände zu feiern, wenn gleichzeitig noch immer

- 88 Tausende Menschen durch die Hände Europas im Mittelmeer ertrinken.
- 89 In Angesicht demokratischer Krisen, dem Erstarken von rechten Kräften und zunehmender  
90 Diskurse um die Gängelung von Geflüchteten, wollen wir benennen wer im Fokus der  
91 rechten Angriffe steht. So sind vor allem migrantisierte Menschen immer mehr  
92 Angriffen ausgesetzt. Dabei bilden die durch Correctiv veröffentlichten  
93 Deportationspläne von AfD und co. nur die Spitze des Eisbergs. Denn wenn sich der  
94 europäische Asyl- und Migrationsdiskurs in rechten Narrativen verfängt ist damit  
95 erstens nicht nur keiner einzigen Kommune in den Mitgliedsstaaten geholfen und  
96 zweitens umso mehr migrantisiertes Leben bedroht. Und auch der Antifeminismus wirkt  
97 als Bindeglied der europäischen Rechten: Die Einschränkung von Abtreibungsrechten,  
98 die zunehmende Verdrängung etwa von Frauen aus der Erwerbsarbeit sowie von queeren  
99 Menschen aus der Gesellschaft, Zensur der wissenschaftlichen Freiheit, die  
100 insbesondere die Gender- und Queer-Studies betrifft, bewirken die Reproduktion  
101 patriarchaler Logiken und Unterdrückung. Die neue Rechte versucht so ihr völkisches  
102 Ideal der cis-heterosexuellen Kleinfamilie durchzusetzen.
- 103 Es muss Auftrag demokratischer und vor allem sozialdemokratischer Kräfte sein, sich  
104 diesen Dynamiken in den Weg zu stellen. Für die Europawahl 2024 legen wir fest:
- 105 • Die klare Distanzierung von rechten Abschottungsphantasien; ob im Wahlkampf oder  
106 danach. Indem demokratische Parteien und ihre Vertreter\*innen rechte Forderungen  
107 im Asyl- und Migrationsbereich aufnehmen, legitimieren sie gleichzeitig rechte  
108 Talking Points. Denn eine Brandmauer gegen Rechtsextremismus bedeutet: Eine  
109 klare humane Außenpolitik zu betreiben. Ein Europawahlkampf, der die Stärkung  
110 der Festung Europa propagiert, kann daher nicht der unsere sein!
  - 111 • Stattdessen wollen wir antifaschistische Perspektiven auf Europa in den  
112 Vordergrund stellen. Immer mehr und vor allem marginalisierte Menschen fühlen  
113 sich angesichts der erstarkenden Rechten und ihrem vergifteten Diskurs nicht  
114 mehr sicher. Es braucht jetzt eine konsequente Brandmauer aller demokratischen  
115 Kräfte. Auch aufrichtig Konservative wollen wir ermutigen, sich dem  
116 antifaschistischen Kampf anzuschließen, denn wir wissen aus unserer Geschichte:  
117 Auf sie kommt es an. Das Paktieren mit faschistischen und antidemokratischen  
118 Parteien und ihren Vertreter\*innen lehnen wir konsequent auf jeder Ebene ab und  
119 wollen auch auf europäischer Ebene jeden Versuch skandalisieren und bekämpfen,  
120 der meint Faschist\*innen in den Deckmantel demokratischer Organisation  
121 aufzunehmen.
  - 122 • Da wir wissen, dass auch eine niedrige Wahlbeteiligung rechten Parteien  
123 Aufschwung verspricht, richten wir unseren Wahlkampf vor allem auf das Ziel aus,  
124 die Wahlbeteiligung zu steigern. Im Rahmen einer Erstwähler\*innenkampagne wollen  
125 wir vor allem die Gruppe der ab 16-Jährigen ansprechen, denn sie dürfen zum  
126 ersten Mal bei der Europawahl ihre Stimme vergeben.



## Antrag LA02: Arbeiter\*innen haben nichts zu verlieren - außer ihre Lieferketten

Sachgebiet:

LA - Neu zum Landesausschuss eingegangene Anträge

1 Die EU-Lieferkettenrichtlinie wurde über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren  
2 ausgehandelt. Ursprünglich sollte Deutschland dem Gesetz zustimmen, das unter anderem  
3 darauf abzielte, Unternehmen ab einer Größe von 500 Mitarbeitenden dazu zu  
4 verpflichten, Menschenrechte und Umweltschutz in ihrer Lieferkette zu  
5 berücksichtigen. Dies wäre zumindest in Teilen eine Verschärfung im Vergleich zum  
6 bestehenden deutschen Gesetz gewesen, das für Betriebe ab 1.000 Beschäftigten gilt.  
7 Jedoch intervenierte die FDP und verhinderte in der entscheidenden Abstimmung in  
8 Brüssel, dass Deutschland dem Gesetz zustimmte. Dabei überzeugte FDP-Chef Christian  
9 Lindner auch andere EU-Staaten, der Richtlinie nicht zuzustimmen. Er versprach  
10 beispielsweise der Regierung in Rom, dass Deutschland gegen eine  
11 Verpackungsrichtlinie der EU stimmen würde, die Italien ablehnte.  
12 Als Reaktion darauf verschob die EU-Ratspräsidentschaft die finale Entscheidung über  
13 die Lieferkettenrichtlinie und versuchte, mit Deutschland nachzuverhandeln. Es wurden  
14 Kompromissangebote gemacht, um Deutschland entgegenzukommen, darunter die Anhebung  
15 der Mindestgröße für betroffene Unternehmen auf 1.000 Beschäftigte, wie es im  
16 deutschen Gesetz vorgesehen ist, und die Streichung bestimmter Klauseln.  
17 Trotz dieser Zugeständnisse blieb die FDP stur und verhinderte eine Einigung. Die FDP  
18 und auch einige deutsche Unternehmensverbände hätten damit beinahe erfolgreich  
19 verhindert, dass die Lieferkettenrichtlinie in Europa umgesetzt wird. Eine Schande  
20 für die Rechte von Arbeitnehmer\*innen und einen tatsächlichen Wettbewerb europaweit.  
21 Doch nicht nur auf europäischer Ebene hat diese Blockade weitreichende Folgen.  
22 Solange die EU-Staaten ihrer historischen globalen Verantwortung als Zentren des  
23 globalen Kapitalismus nicht nachkommen, stattdessen die Ausbeutung von Mensch und  
24 Natur vor allem im globalen Süden fortsetzen, untergraben sie nicht nur die Chancen  
25 auf ein weltweit würdevolles Leben, sondern genauso die Basis des europäischen  
26 Wohlstandes; zum Vorteil der Profite einiger Weniger.  
27 Mit ihrer Blockade stellt sich die FDP außerdem gegen den Schutz von FINTA, BIPoC,  
28 Kindern und anderen marginalisierten Gruppen. So leiden vor allem FINTA  
29 gesundheitlich besonders unter schlechtem Arbeitsschutz und es ist vor allem der  
30 sogenannte globale Süden, der unter den Folgen des Klimawandels und der modernen  
31 Sklaverei sowie Kinderarbeit in unserem Wirtschaftssystem leidet. Es ist ein  
32 intersektional feministischer Auftrag, solche Realitäten anzuerkennen und zu  
33 bekämpfen, wie es das Lieferkettengesetz fördern könnte. Die versuchte Torpedierung  
34 dieses Gesetzes ist somit auch eine Torpedierung des Kampfes gegen Diskriminierung  
35 sowie Ausbeutung und des Schutzes von marginalisierten Gruppen.  
36 Die Entscheidung reiht sich ein in die Verhinderung oder Torpedierung von effektiven  
37 Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft  
38 und Stärkung des Sozialstaats auf nationaler Ebene. Es zeigt sich: Nur mit  
39 progressiven Mehrheiten können wir die dringend notwendigen Investitionen in eine  
40 zukunftsfähige Gesellschaft anstoßen. Gerade deshalb ist es so wichtig, auch bei der  
41 anstehenden Europawahl die Sozialdemokratie so gut wie möglich zu stärken. Diese

42 Chance einer grundlegenden Reform für die Arbeitsbedingungen auf dem europäischen  
43 Markt ist glücklicherweise trotz der Blockadehaltung dennoch vorerst geglückt - aber  
44 die festgelegten Regeln noch lange nicht weitgehend genug.

#### 45 Arbeitsmarktreform – Wofür?

46 Urlaubsanspruch, Tarifautonomie, das Recht zur gewerkschaftlichen Organisation,  
47 Arbeitszeitbegrenzung, Mindestlohn, Krankengeld, Beteiligung des Arbeitgebers an  
48 Krankenversicherung und Sozialbeiträgen, gesetzliche Rentenversicherung,  
49 Mindestausbildungsvergütung, Arbeitslosengeld und viele mehr...

50 Was bringen eigentlich die hart erkämpften arbeitspolitischen Errungenschaften, wenn  
51 sie nicht mehr gelten, sobald die Produktion verlagert und Ausbeutung an einem  
52 anderem Ort betrieben wird.

53 Die Bedeutung europaweiter gemeinsamer Vorschriften für bessere Arbeitsmarkt- und  
54 Sozialpolitik ist enorm. Gerade deshalb brauchen wir auch nach dem Scheitern dieser  
55 so grundlegenden Reform eine Vision europäischer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, für  
56 die es sich zu kämpfen lohnt und mit der wir die Menschen überzeugen können.

#### 57 Für ein Europa ohne Jugendarbeitslosigkeit

58 Besonders besorgniserregend ist die Jugendarbeitslosigkeit, die in einigen Ländern,  
59 insbesondere in den südlichen Mitgliedsstaaten, sehr hoch ist. Obwohl es seit 2013  
60 einen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit gibt, bleibt sie eine ernste  
61 Herausforderung. Diese muss angegangen werden, um jungen Menschen in Europa eine  
62 Perspektive zu bieten.

63 Deshalb fordern wir:

- 64 • Europäische Projekte zur Bekämpfung von Kinderarmut – Insbesondere ein existenz-  
65 und teilhabesicherndes Sozialleistungsnetz
- 66 • Eine Ausweitung der EU-Jugendgarantie

#### 67 Für ein Europa, das Arbeit fair gestaltet

68 Wir wollen Europa zur Sozialunion machen – Nicht nur für die Wirtschaft! Wir wollen  
69 kein Europa, in dem die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit über eine Abwärtsspirale  
70 bei Löhnen, Arbeitnehmer\*innenrechten und Sozialstandards hergestellt wird. Wir  
71 unterscheiden uns nicht nur von den Europa-Feind\*innen, sondern auch von den pro-  
72 europäischen Technokrat\*innen mit ihren Sparkursen und den Marktradikalen mit ihrer  
73 Deregulierung. Wir kämpfen für unsere eigene Vorstellung eines besseren Europas.

74 Zu einem gerechten Europa gehört für uns unweigerlich, dass wir die Rechte von  
75 Arbeitnehmer\*innen sichern und stärken. Wir nehmen uns vor, einen starken  
76 europäischen Sozialstaat aufzubauen, umfassende Sozialstandards durchzusetzen und  
77 entschlossen den Kampf gegen den Abbau sozialer Sicherungssysteme aufzunehmen. Ein  
78 wesentlicher Schritt, der in den kommenden Jahren gegangen werden muss, ist dabei die  
79 Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohnkorridors sowie eines europäischen,  
80 vernetzten Sozialversicherungssystems. Gleichzeitig wollen wir ein Europa der starken  
81 Gewerkschaften und der Tarifpartnerschaft. Wir stehen für ein europäisches  
82 Streikrecht und betriebliche Mitbestimmung in allen Mitgliedstaaten ein. Die  
83 gleichberechtigte Beteiligung europäischer Betriebsrät\*innen am politischen Prozess  
84 zu ermöglichen, ist eine wesentliche Zielsetzung. Deshalb sind Gewerkschaften als  
85 eine der maßgeblichen gesellschaftlichen Akteur\*innen mindestens gleichberechtigt mit

86 anderen PartnerInnen am europäischen Verhandlungstisch zu beteiligen.

87 Deshalb fordern wir:

- 88 • Einen Neuanlauf für eine europäische Lieferkettenrichtlinie, die gerechte
- 89 Arbeitsmarktpolitik europaweit durchsetzt
- 90 • Schaffung und Vereinfachung von Verbandsklagemöglichkeiten im europäischen
- 91 Rahmen im Fall von Arbeitsrechtsverstößen
- 92 • Gleichstellung aller Arbeitnehmer\*innen in Betrieben
  - 93 • Anstellung beim Betrieb (s. Abschaffung Werksverträge)
  - 94 • Mitbestimmungsmöglichkeiten: Betriebsräte, Mitarbeiter\*innen-befragungen,
  - 95 etc.
- 96 • Europäische Schutzmechanismen gegen Unionbusting, um gewerkschaftliche
- 97 Mitbestimmung als wichtigen Teil der Demokratie vor Angriffen zu schützen.

98 Für ein Europa, in dem Carearbeit keine Ausbeutung ist

99 Der Fachkräftemangel und die prekäre Lage in den Careberufen erfordern dringende  
100 Veränderungen. Etwa die Ausbeutung zumeist weiblicher ausländischer Pflegekräfte  
101 durch dubiose Vermittlungsagenturen, bei der die Bundesagentur für Arbeit zugibt,  
102 dass sie aufgrund fehlender Kompetenzen und politischen Willens nichts gegen diese  
103 Ausbeutung unternehmen kann. Die Liberalisierung des Arbeitsvermittlungsgeschäfts hat  
104 die Situation verschärft und private Unternehmen agieren oft schneller, aber nicht  
105 unbedingt qualitätsbewusster als staatliche Institutionen.

106 Unbezahlte Carearbeit ist zudem ein entscheidender Faktor patriarchaler Unterdrückung  
107 und eine strukturelle Grundlage kapitalistischer Ausbeutung. Frauen, die noch  
108 überdurchschnittlich Carearbeit übernehmen, werden dadurch systematisch von  
109 Erwerbsarbeit fern gehalten. Im Umkehrschluss ist auch eine Verdrängung von  
110 erwerbstätigen Frauen zu beobachten, sobald diese Carearbeit leisten müssen, etwa bei  
111 der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen Die Coronapandemie hat diese  
112 Ungleichheiten sogar noch verstärkt.

113 Deshalb fordern wir:

- 114 • Schaffung eines gesetzlichen Rahmens auf europäischer Ebene, um die Ausbeutung
- 115 ausländischer Pflegekräfte zu bekämpfen und die Qualität der Arbeitsvermittlung
- 116 zu gewährleisten.
- 117 • Einführung verbindlicher strenger Qualitätsstandards und Zertifizierungsprozesse
- 118 für private Arbeitsvermittlungsfirmen.
- 119 • Stärkere Regulierung und Überwachung der Arbeitsbedingungen in der
- 120 Pflegebranche, um Knebelverträge und Ausbeutung – auch im privaten Bereich – zu
- 121 verhindern
- 122 • Bessere Arbeitsbedingungen und Unterstützungsprogramme für die Ausbildung und
- 123 den Berufseinstieg in Care-Berufen, um den Bedarf an Fachkräften langfristig zu
- 124 decken.
- 125 • Unterstützung einer europäischen Initiative für armutsfeste Mindestlöhne, um die
- 126 wirtschaftliche Sicherheit von Care-Arbeiter\*innen zu gewährleisten.
- 127 • Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten finanziert durch ein Solidarmodell auf
- 128 europäischer Ebene, um dem Phänomen der Global Care Chains entgegenzuwirken.

- 129 • Rechtliche Einschränkung von Minijobs, um Frauen den Zugang zu  
130 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu erleichtern und das  
131 geschlechtsspezifische Armutsrisiko zu verringern.

## Antrag LA04: Einführung einer Alarmsystem Software nach Vorbild des Amber Alerts zur Wiederfindung vermisster Kinder

Sachgebiet:

LA - Neu zum Landesausschuss eingegangene Anträge

- 1 Wir fordern die Einführung eines Warnsystems nach Vorbild des Amber Alerts.
- 2 Der Amber Alert hat sich in vielen Ländern, darunter die USA, die Niederlande,
- 3 Italien,
- 4 Frankreich, Kanada und Belgien erfolgreich durchgesetzt. Es dient dazu vermisste
- 5 Kinder und
- 6 Jugendliche schnellstmöglich zu finden und zu retten. Es ist ein flächendeckendes
- 7 Nachrichtennetz
- 8 das verschiedene Medien, wie Social Media und SMS Benachrichtigungen nutzt.
- 9 Die Benachrichtigung auf dem Smartphone kann man mit dem Cell Broadcast nutzen der
- 10 letztes
- 11 Jahr am Warntag im Dezember getestet wurde.
- 12 Das System sendet eine Nachricht an verschiedene Medien wie Radiostationen,
- 13 Mobilgeräte und
- 14 Social Media. Wenn ein Kind vermisst wird, wird eine Meldung an Mobilgeräte in der
- 15 Gegend
- 16 geschickt mit Informationen, wie das Aussehen des Kindes, oder Aussehen des Täters
- 17 oder des
- 18 Wagens bei einer möglichen Entführung sowie den Standort wo die vermissten Personen
- 19 zuletzt
- 20 gesehen wurde.

## Antrag LA06: Kein Anschluss unter diesem Ticket – Für Fahrgastrechte beim Deutschlandticket

Sachgebiet:

LA - Neu zum Landesausschuss eingegangene Anträge

- 1 Bahnfahrende müssen sich darauf verlassen können, dass Sie – wenn schon nicht
- 2 pünktlich – zumindest schnellstmöglich ans Ziel kommen. Egal mit welchem Ticket.
- 3 Daher fordern wir die Einstufung des Deutschlandtickets als stark ermäßigtes
- 4 Beförderungsentgelt seit dem 15. August 2023 und die damit verbundenen
- 5 Einschränkungen der Fahrgastrechte rückgängig zu machen.
- 6 Nutzer\*innen des Nah- und Regionalverkehrs müssen sich darauf verlassen können, auch
- 7 bei Verspätungen ihr Ziel in einer zumutbaren Zeit zu erreichen. Daher muss das Recht
- 8 bei Verspätungen und verpassten Anschlüssen einen Fernzug zu nutzen, auch mit dem
- 9 Deutschlandticket oder anderen Nahverkehrstickets gewährleistet werden.
- 10 Falls eine Differenzierung zum Fernverkehr als Notwendig erachtet wird kann der
- 11 Umstieg auf „höherwertige Verkehrsmittel“ alternativ erst ab einer erwarteten
- 12 Verspätung von 60 Minuten erlaubt werden. Möglichem Missbrauch kann ggf. durch
- 13 digitale technische Lösungen begegnet werden (z.B. kostenlose Reservierung der
- 14 gewählten Verbindung im Voraus in der DB-App um die geplante Fahrt
- 15 nachzuweisen).
- 16 Der Entschädigungsbetrag von 1,50€ pro Verspätungsfall soll zudem erhöht werden. Eine
- 17 digitale Einreichung des Fahrgastrechteformulars muss ermöglicht werden. Das Sammeln
- 18 und Einreichen von Verspätungen soll sowohl über die Website der Bahn, als auch die
- 19 DB-Navigator App möglich gemacht werden. Das Ausdrucken und Sammeln von
- 20 Papieranträgen für einen Entschädigungsbetrag von 1,50€, der erst ab einer Summe von
- 21 4€ ausgezahlt wird, ist realitätsfremd und unattraktiv. Mit
- 22 einer einfacheren Entschädigungsmöglichkeit soll der Bahn auch im Nahverkehr der
- 23 Anreiz gegeben werden, die Pünktlichkeit zu erhöhen.

# Antrag M03: Mehr Kompetenzen für Kommunen – Reform des Straßenverkehrsrechts jetzt!

Sachgebiet:

M - Mobilität, Wohnen und Infrastruktur

1 Auf der ganzen Welt klagen Menschen über Verkehrsbehinderungen und Staus. 2022 ist  
2 die Zahl der Verkehrstoten im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und  
3 beläuft sich auf rund 2.700 Menschen bundesweit. Die "Vision Zero", also das Ziel von  
4 möglichst keinem\*r Verkehrstoten, ist damit noch weit entfernt. Während Deutschland  
5 sein Klimaziel 2022 knapp erreicht hat, ist es ausschließlich der Verkehrssektor, der  
6 einen Emissionsanstieg im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet und gleichzeitig den  
7 Zielwert des Bundesklimaschutzgesetzes mit einem Ausstoß von 148 Millionen Tonnen  
8 CO<sub>2</sub>-Äquivalenten verfehlt. Dennoch werden jährlich weiterhin wertvolle Flächen  
9 versiegelt, um dem wachsenden KfZ-Verkehr hinterher zu bauen. Diese Art der Mobilität  
10 ist ein großer Treiber des Klimawandels.

11 Um den Umweltverbund zu stärken und eine nachhaltige Mobilitätswende zu vollziehen,  
12 muss auf allen Ebenen angesetzt werden. Insbesondere in den Städten und Gemeinden, wo  
13 es darum geht die Lebensqualität vor Ort zu verbessern und die Akzeptanz über  
14 entsprechende Beteiligungsformate zu steigern, stoßen die Verantwortlichen derzeit  
15 schnell an die Grenzen der lokalen Handlungsspielräume, die durch das deutsche  
16 Straßenverkehrsrecht festgeschrieben sind.

17 Die Rechtsvorschriften zur Regelung des Straßenverkehrs folgen auch heute noch dem  
18 Leitbild der autogerechten Stadt aus den 1960er Jahren. Dadurch liegt der  
19 städtebauliche Fokus weiterhin auf der Flüssigkeit des motorisierten  
20 Individualverkehrs und der Gefahrenabwehr. Dies hat zur Folge, dass die Kommunen  
21 daran gehindert sind die Mobilitätswende zu gestalten und sich an die aktuellen  
22 Anforderungen der modernen Zeit anzupassen.

23 Mit einer Vereinbarung im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung diesem  
24 Vorhaben angenommen. Neben der Leichtigkeit und Sicherheit des motorisierten  
25 Individualverkehrs sollen demnach auch Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der  
26 Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werden, um den Ländern  
27 und Kommunen Entscheidungsspielräume zu eröffnen.

28 Bis dato hat sich jedoch nichts getan und auch heute liegt noch kein  
29 Referentenentwurf vor.

30 Wir fordern die Bundesregierung auf, zunächst das Straßenverkehrsgesetz (StVG) und  
31 daran anschließend die Straßenverkehrsordnung (StVO) zu reformieren.

## 32 Konkret fordern wir dabei:

- 33 1. Eine Neuausrichtung des StVG in diesem zu verankern, in der deutlich gemacht  
34 wird, dass nicht allein die Leichtigkeit und Sicherheit des MIV die  
35 übergeordneten Ziele des Gesetzes sind. Vielmehr sollen auch die Belange für  
36 einen sicheren und komfortablen öffentlichen Personennahverkehr sowie die, des  
37 Rad- und Fußverkehrs berücksichtigt werden.
- 38 2. Eine Anpassung der Ermächtigungsgrundlage für den Erlass von Rechtsverordnungen  
39 (§ 6 StVG) dahingehend, dass neben der Gefahrenabwehr weitere Zielbestimmungen  
40 beim Erlass von Rechtsverordnungen zulässig sind.

- 41 3. Die Erweiterung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten.
- 42 4. Eine Erweiterung der Erprobungsklausel (§ 45 Abs. 1 Nr. 6 StVO) dahingehend,  
43 dass Verkehrsversuche zur Erforschung des Unfallgeschehens, des  
44 Verkehrsverhaltens und der Verkehrsabläufe sowie allgemein zur Erprobung von  
45 Verkehrsbeschränkungen möglich sind und sich dabei nicht allein auf die Mittel  
46 des Straßenverkehrsrechts gestützt werden muss. Das Erfordernis einer  
47 qualifizierten Gefahrenlage soll dabei weiterhin entfallen.
- 48 5. Die Ermöglichung von flächendeckend Tempo 30 innerorts. Eine Einführung von  
49 Tempo 30 darf dabei nicht dazu führen, dass Radwege nicht ausgebaut werden.
- 50 6. Eine vereinfachte Anordnung von Radfahrstreifen. Um präventiv handeln zu können  
51 muss dabei das Erfordernis einer qualifizierten Gefahrenlage entfallen.
- 52 7. Eine vereinfachte Anordnung von Fahrradstraßen mit erweiterten Lenkungsangaben.
- 53 8. Den Entfall des Erfordernisses einer qualifizierten Gefahrenlage bei der  
54 Anordnung von Fußgängerüberwegen
- 55 9. Eine explizite Absicherung der Vorrangregelung des Fußverkehrs.
- 56 10. Die Ermöglichung von flächenhaften Parkraumbewirtschaftungsmaßnahmen.



## Antrag O04: Kinder- und Jugendschutz bei den Jusos

**Sachgebiet:** O - Organisationspolitik

1 Mit 14 Jahren kann man sich schon dazu entscheiden, Juso zu werden. Das ist definitiv  
2 nicht das Durchschnittsalter bei den Jusos in der SPD. Daher braucht es expliziten  
3 Schutz von Minderjährigen bei uns Jusos.

4 12 Stunden inhaltliches Programm, keinen physischen Ruheraum bei  
5 Veranstaltungswochenenden, jede Abendgestaltung beinhaltet Rauschmittelkonsum. Daher  
6 sollten wir uns bemühen, eine pädagogisch akzeptable Atmosphäre für Kinder und  
7 Jugendliche aufzubauen.

8 Um Kinder und Jugendliche bei den NRW Jusos zu schützen, liegt es in erster Hand  
9 darin, einen Ort zu schaffen, wo auch Minderjährige ohne nachhaltige Schäden sich  
10 politisch entfalten können. Unser Verband ist nicht frei von (Macht-)missbrauch,  
11 jeglichen Ismen und Diskriminierungsformen.

12 Aus diesem Grund müssen wir minderjährige Genoss\*innen vor Ausbeutung durch unseren  
13 Verband schützen, Ausbeutungen wie z.B. tatkräftige Arbeit während Wahlkämpfen, die  
14 sich zumeist nicht nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz richten oder über 10 Stunden  
15 inhaltliches Programm durch zu sitzen, ohne ein Anrecht auf einen Rückzugsort zu  
16 haben. Auch politische Arbeit ist Arbeit, somit müssen wir ein Augenmerk darauf  
17 haben, dass es nicht normal ist, 5 Wochen am Stück durchgehend Wahlkampf zu machen  
18 als Minderjährige und es noch extremer ist, von Kindern und Jugendlichen zu erwarten,  
19 dass sie sich nach 8 Stunden konzentriert beteiligen, wenn sie offiziell nicht mal  
20 über 8 Stunden arbeiten dürfen. Politische Arbeit ist Arbeit, auch wenn es offiziell  
21 Ehrenamt ist.

22 Ein kategorisches Ausschließen durch nicht alternative Abendprogramme hindert  
23 Minderjährige daran, sich vollkommen entfalten zu können. Verbandsabende bieten die  
24 Möglichkeit Kontakte zu knüpfen, durch das konstante Ausschließen durch selektive  
25 Auswahl an welche Jugendschutzgesetze man sich hält, werden Minderjährige nicht  
26 wirklich mit bedacht. Mit bedacht werden sie auch nicht, wenn jede zweite  
27 Abendgestaltung auf den Konsum von Substanzen hinausläuft, die man als minderjährige  
28 Person offiziell nicht konsumieren darf. Leider ist die Verbandsstruktur komplett auf  
29 Volljährige ausgerichtet. Durch diese Verbandsstruktur können Kinder und Jugendliche  
30 bei uns leichte Opfer von Machtmissbrauch werden, durch Funktionär\*innen, die zumeist  
31 vom Alter her weitaus älter sind. Vor allem minderjährige FINTA- Personen sind da  
32 häufig die Leidtragenden. Somit wird ihnen kein Raum gegeben, sich politisch zu  
33 entfalten. Bei solchen Fällen mit Kindern und Jugendlichen reicht ebenfalls kein  
34 Awareness Team, das nun mal nicht pädagogisch ausgebildet ist, weder noch die  
35 Qualifikationen hat, um mit Jugendlichen zu arbeiten.

36 Daher brauchen wir Implementierung von klaren Verhaltensregeln gegenüber Kindern und  
37 Jugendlichen und die Schulung von Funktionär\*innen und Hauptamtlichen zum Umgang mit  
38 Minderjährigen.

39 Denn der Schutz von Minderjährigen muss gegeben sein, damit sie sich in einer  
40 sicheren und geschützten Umgebung engagieren können.

41 **Forderungen:**

- 42 • explizite Schulungen für Funktionär\*innen mit Minderjährigen
- 43 • Implementierung von klaren Verhaltensregeln gegenüber Kindern und Jugendlichen

## Antrag W02: Der Preis ist heiß - Preiskontrollen statt Profite!

Sachgebiet:

W - Wirtschaft und Finanzen

1 Im Juni 2023 beträgt die Inflationsrate in Deutschland 6,4% im Vergleich zum  
2 Vorjahresmonat. Diese anhaltende Entwicklung belastet Wirtschaft, Gesellschaft und  
3 Politik. Menschen mit niedrigem Einkommen und weitere marginalisierte Gruppen sind  
4 davon besonders betroffen.

5 Preissteigerungen und Inflation werden in Deutschland mithilfe eines fiktiven  
6 Warenkorb geschätzt - auch Verbraucherpreisindex genannt. Im Juni 2023 stiegen die  
7 Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat für Nahrungsmittel um 13% und die für Energie  
8 nur um 3%. Diese Zahlen geben ein Anzeichen dafür, dass die Energiepreise derzeit  
9 nicht der entscheidende Inflationstreiber sind.

10 Im Zusammenhang von Inflations- und Preisentwicklungen sind Lohnentwicklungen wichtig  
11 zu betrachten. Nominallöhne sind die tatsächlich in Euro gezahlten Entgelte für  
12 geleistete Arbeit. Reallöhne hingegen berücksichtigen die Inflationsrate, setzen die  
13 Nominallöhne ins Verhältnis zum Preisniveau und stellen somit die realen Löhne dar.

14 Die steigende Inflation wirkt sich in großem Maße auf die Reallohnentwicklung in  
15 Deutschland aus. Im ersten Quartal 2023 stiegen die Nominallöhne im Vergleich zum  
16 Vorjahresquartal um 5,6%. Die Inflation stieg im gleichen Zeitraum jedoch um 8,3%.  
17 Somit ist zwar eine Erhöhung der Nominallöhne feststellbar, die Reallöhne sanken  
18 aufgrund der hohen Inflation im Vergleich zum ersten Quartal 2022 aber um 2,3%.  
19 Infolgedessen sinkt die tatsächliche Kaufkraft der Beschäftigten trotz der nominalen  
20 Lohnerhöhungen und der geringen Arbeitslosigkeit stetig.

21 Der Trend aus den Jahren 2020 bis 2022 setzt sich damit auch im Jahr 2023 fort. Im  
22 Jahr 2022 sanken die Reallöhne im Vergleich zum Jahr 2021 um 4,0%. Die Reallöhne  
23 konnten durch die Möglichkeit zur Auszahlung der Inflationsprämie kurzfristig zwar  
24 gesteigert werden, diese Maßnahme schafft aber keinen langfristigen Ausgleich für die  
25 steigenden Verbraucherpreise, sondern stellt nur eine kurzfristige Lösung dar.

26 Menschen mit geringen Reallöhnen sind stärker von einer Inflation getroffen, da sie  
27 einen größeren Anteil ihres Einkommens für Produkte ausgeben, die besonders von  
28 Preissteigerungen betroffen sind. Der Hauptgrund für die sinkenden Reallöhne ist die  
29 steigende Inflation, die zu einem großen Teil durch die Profitorientierung von  
30 marktbeherrschenden Unternehmen verursacht und angetrieben wird. Die starken  
31 Preisanstiege sind dabei nicht auf tatsächlich erhöhte Produktionskosten oder  
32 Planungsunsicherheiten, sondern auf die Erhöhung der Profitmargen der Unternehmen  
33 zurückzuführen. Unternehmen mit großer Marktmacht erhöhen ihre Preise schnell und  
34 unverhältnismäßig. Dies ist aufgrund eines branchenweiten Angebotschocks möglich,  
35 der eine Preissteigerung vieler Unternehmen zur Folge haben wird. Es kommt dabei in  
36 bestimmten Branchen, beispielsweise im Energiesektor, nur eingeschränkt zu einem  
37 wirksamen Wettbewerb.

38 Im Vergleich zu den schnellen und sprunghaften Preiserhöhungen steigen Nominallöhne  
39 nur langsam und Reallöhne sinken demzufolge immer stärker. Das Ungleichgewicht  
40 zwischen den Preiserhöhungen und den Reallöhnen betrifft dabei insbesondere die  
41 Grundnahrungsmittel, die Energieversorgung sowie den Gesundheitssektor. Die durch die  
42 Preiserhöhungen erzielten Profite werden dabei aber nicht in Form von Lohnerhöhungen

43 an die Beschäftigten, sondern an die Shareholder weitergegeben, sodass eine  
44 Umverteilung von der Arbeitnehmer\*innenschaft zu den Shareholdern stattfindet. Diese  
45 Shareholder sind vor allem die Vermögenden in Deutschland, sodass die ungleiche  
46 Verteilung des Vermögens in Deutschland weiter verstärkt wird. Die Gefahr einer  
47 sogenannten "Lohn-Preisspirale" besteht in diesem Kontext nicht, da aufgrund der  
48 rigiden Preisverhandlungen der Großteil der Preissteigerungen durch sinkende  
49 Reallöhne kompensiert wird.

50 Höhere Löhne können den Unternehmen aber als Anreiz zur Erzielung höherer Gewinne  
51 dienen. Durch höhere Nominallöhne in Kombination mit einer zurückgehenden Inflation  
52 kann der Konsum der Gesellschaft ansteigen. Dies geschieht, indem die zurückgehende  
53 Inflation dazu führt, dass die Kaufkraft der Beschäftigten sich durch höhere  
54 Reallöhne erhöht, sodass die Nachfrage auch nach nicht lebensnotwendigen Produkten  
55 steigt und mehr konsumiert wird. Trotz kleinerer Gewinnmargen kann so ein höherer  
56 Gewinn erzielt und die Wirtschaft angekurbelt werden.

57 Preiskontrollen und Preisüberwachungen können an zukünftigen Inflations- und  
58 Preisentwicklungen ansetzen und proaktiv abmildern. Durch eine Kontrolle der  
59 Profitmargen kann die Inflation verringert werden, sodass die Kaufkraft, gemessen an  
60 den Reallöhnen, wieder gesteigert wird. Dabei sollten sich Preiskontrollen an  
61 Profitmargen von Unternehmen mit großer Marktmacht orientieren und vor allem Märkte  
62 mit geringem bis keinem Wettbewerb im Auge behalten. Insbesondere in Zeiten von  
63 starken Angebotsschocks ist es wichtig, diese Kontrollen durchzusetzen, um  
64 Unternehmen mit ihren unverhältnismäßigen Preiserhöhungen zur Rechenschaft zu ziehen  
65 und in die Schranken zu weisen. Die Existenz von institutionellen Preiskontrollen  
66 oder ähnlichen Instanzen soll bereits durch ihre reine Existenz zu einer Reduzierung  
67 des Inflationsgeschehens und der Profitmaximierung führen.

68 Zur Einsetzung von Preiskontrollen gibt es eine Reihe von Möglichkeiten der  
69 Umsetzung. Die Hauptkonfliktpunkte zeichnen sich bei den Unternehmen ab, die  
70 innerhalb ihrer Branche eine maßgebliche Marktmacht aufweisen und somit Preise  
71 treiben. Deshalb liegt eine Ansiedlung von Preiskontrollen in Deutschland im  
72 Bundeskartellamt nahe. Dieses vollzieht das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht  
73 und besitzt bereits ausreichende Auskunft über Marktmacht und Marktpositionen.  
74 Gleichwohl ist eine Zusammenarbeit bei der Aufgabe auf EU-Ebene wünschenswert, um  
75 supranational agierende Unternehmen diesbezüglich im Blick zu haben. Perspektivisch  
76 ist auch eine Ansiedlung der Kompetenz auf EU-Ebene denkbar. Ein Beispiel für eine  
77 solche Instanz ist das Amt des sogenannten Preisüberwachers in der Schweiz. Dieser  
78 setzt die von uns beabsichtigten Ziele bereits erfolgreich um. Zu seinen  
79 Aufgabenbereichen gehört die Verhinderung von missbräuchlichen Preiserhöhungen und  
80 Preisbeibehaltungen aufgrund fehlenden Wettbewerbs.

81 **Wir Jusos fordern die Entwicklung eines Preiskontrollsystems, das sich an der**  
82 **Inflationsrate, den Reallöhnen und den Profitmargen orientiert und beispielsweise**  
83 **behördliche Strukturen und Maßnahmen zur Einflussnahme auf die Preisentwicklung**  
84 **schaft.**

## Antrag W04: Nicht jedes saubere Geld ist geil - Geldwäsche in Deutschland einfacher als andersorts

Sachgebiet: W - Wirtschaft und Finanzen

1 Deutschland ist ein Paradies für Geldwäsche. So werden im Jahr 2023 voraussichtlich  
2 433 Milliarden Euro illegal erwirtschaftet werden. Das entspräche 10% des  
3 Bruttoinlandsprodukts, kurz BIP. Gleichzeitig werden jährlich ca. 100 Milliarden Euro  
4 in Deutschland gewaschen, was einem Viertel des Bundeshaushalts entspricht.

5 Geldwäsche allgemein beschreibt den Vorgang, der die Herkunft von illegal erworbenem  
6 Geld verschleiern soll, um dieses wieder in den legalen Wirtschaftskreislauf  
7 einzuführen. Die illegalen Einnahmen stammen meist aus Sachverhalten wie  
8 Drogenhandel, Menschenhandel, Erpressung, Waffenhandel, Schmuggel, Raub, Bestechung  
9 oder Schwarzarbeit.

10 Es gibt eine Vielzahl an Behörden, die für die Bekämpfung von Geldwäsche zuständig  
11 sind. So überprüfen 300 verschiedene Behörden mit insgesamt 215,5  
12 vollzeitbeschäftigten Personen 1.000.000 Händler\*innen. Außerdem ist die sog.  
13 Financial Intelligence Unit, kurz FIU, dafür verantwortlich, Verdachtsmeldungen unter  
14 anderem von Banken und Notar\*innen nachzugehen. Des Weiteren sind auch die Bafin, die  
15 Bankenaufsicht, der Zoll und die (Finanz-)Polizei für das Thema Geldwäsche  
16 verantwortlich.

17 Geldwäsche zu bekämpfen ist eine Herausforderung, weil nicht staatliche  
18 Institutionen, wie Banken, Notar\*innen, Versicherungen, Steuerberater\*innen und viele  
19 mehr als Hinweisgeber\*innen fungieren müssen. Deshalb trat 1993 das Geldwäschegesetz,  
20 kurz GwG, in Deutschland in Kraft, das eine rechtliche Grundlage für die Bekämpfung  
21 von Geldwäsche bilden soll. Demnach sind bestimmte Berufsgruppen, wie z.B. Banken,  
22 Immobilienmakler\*innen, Notar\*innen, Steuerberater\*innen und viele mehr, verpflichtet  
23 verdächtige Transaktionen zu melden und Sorgfaltspflichten einzuhalten. Die  
24 Meldepflicht wurde nahezu auf das gesamte Wirtschaftsleben erweitert. Außerdem wurde  
25 2017 im Rahmen einer europäischen Richtlinie das zentrale Transparenzregister  
26 geschaffen, wo wirtschaftlich Berechtigte mit mindestens 25% Anteilen sichtbar sind.  
27 Dennoch bleiben die Eigentümer\*innen von schätzungsweise jeder zehnten Wohnung in  
28 Berlin u.A. durch Firmenkonstrukte anonym.

29 Mit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine begann auch die Durchsetzung von Sanktionen  
30 gegen Russland. So gibt es bspw. ein Öl-Handelsverbot mit Russland. Gleichzeitig geht  
31 die Europäische Union gezielt gegen russische Oligarch\*innen, Propagandist\*innen und  
32 Militärs vor, indem deren im Westen verstecktes Vermögen eingefroren werden soll, um  
33 damit das politische System Putin zu schwächen.

34 Im Mai 2022 wurde das erste Sanktionsdurchsetzungsgesetz beschlossen, womit  
35 Ermittler\*innen mehr Befugnisse auf der Suche nach sanktioniertem Vermögen haben. Das  
36 zweite Sanktionsdurchsetzungsgesetz soll nicht nur der Umsetzung von Sanktionen  
37 dienen, sondern auch zusätzlich Geldwäsche bekämpfen. So ist es bspw. seit April  
38 dieses Jahres verboten, Immobilien mit Bargeld zu bezahlen. Außerdem sollen im  
39 Transparenzregister nun auch Informationen zu Immobilienbesitz aus den Grundbüchern  
40 von meldepflichtigen Personen angegeben werden.

41

42 **Wem gehört was? Auf der Suche nach den Personen hinter dem Vermögen**

43 Geldwäsche stellt auch eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Denn wenn man Geld  
44 wäscht, bspw. mit dem Erwerb von Immobilien und Firmen(-anteilen), bedeutet das, dass  
45 man wirtschaftliche und damit auch politische Macht ausüben kann. Grundlegender macht  
46 Geldwäsche es überhaupt möglich, dass sich kriminelle Tätigkeiten wirtschaftlich  
47 lohnen und Korruption kann dadurch überhaupt erst möglich werden.

48 In der Hinsicht ist es wichtig Eigentümer\*innen von Vermögen nachzuverfolgen. Gerade  
49 bei den Sanktionen gegen russische Oligarch\*innen kann man erkennen, wie schwierig  
50 das für den deutschen Staat ist. Bspw. ist die Schwelle von 25% Anteilen für die  
51 Eintragung im Transparenzregister so hoch, dass man sie mit einer handvoll  
52 Partner\*innen umgehen kann. Dazu haben sich aktuell gerade einmal die Hälfte der  
53 verpflichteten Unternehmen im Register eingetragen. Diese dünne Datenlage macht es  
54 äußerst einfach den Vermögensbesitz durch komplexe Unternehmensgeflechte zu  
55 verschleiern und erschwert Terrorismusbekämpfung und die Aufdeckung von Geldwäsche.  
56 Die Entscheidung Deutschlands das Transparenzregister zu schließen nach dem EuGH-  
57 Urteil vom Ende November 2022 kritisieren wir daher sehr scharf und erwarten, dass im  
58 Rahmen der Umsetzung der 6. Geldwäsche-Richtlinie das Transparenzregister wieder  
59 geöffnet wird.

60 Außerdem sind die verschiedenen Register kaum miteinander verknüpft und teilweise gar  
61 nicht digitalisiert, wie bspw. die Grundbücher, bei denen der Prozess immer noch auf  
62 sich warten lässt. Dass im Handelsregister jeder Anteilseigner, im  
63 Transparenzregister aber nur Berechtigte ab einer Schwelle von 25 Prozent erfasst  
64 werden, erzeugen auch nur weitere Unstimmigkeiten. Generell läuft man durch diese  
65 ganzen Parallelstrukturen Gefahr, dass ohne Abgleichungen widersprüchliche Daten  
66 übermittelt werden können und so Ermittlungen erschwert werden. Dazu sind Register  
67 bei anderen Vermögenswerten wie Anleihen, Aktien, Yachten, Kryptowährungen und Co.  
68 bisher noch gar nicht vorhanden, obwohl diese auch für Geldwäsche zu Gebrauch kommen.  
69 Das alles bedeutet, dass man eher auf Datenleaks wie die Pandora Papers angewiesen  
70 ist, um zu wissen, wer welche Vermögenswerte besitzt.

71

72 **Die deutsche FIU: Das Nadelöhr, das Geldwäschebekämpfung lahmlegt**

73 Wenn es dann aber um Geldwäschebekämpfung vorrangig geht, muss man auf die sog.  
74 Financial Intelligence Unit, kurz FIU, blicken. Die Spezialeinheit des Zolls, früher  
75 beim Bundeskriminalamt, bearbeitet Meldungen zu verdächtigen Zahlungen von Banken,  
76 Finanzdienstleister\*innen und weiteren Meldepflichtigen und leitet sie ggf. an die  
77 Landeskriminalämter weiter.

78 Nun hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, dass über 250.000 Meldungen gar  
79 nicht bearbeitet worden sind. U.A. ist nicht gesetzlich geregelt, wie schnell die FIU  
80 die Meldungen bearbeiten muss. Und teilweise gehen die Fälle bis zu 3 Jahre zurück.  
81 Das stellt insofern ein Problem dar, dass die Ermittlungsbehörden, wenn sie dann  
82 einen Fall weitergeleitet bekommen, nur noch wenig Zeit zur Aufklärung haben, da  
83 Geldwäsche nach 5 Jahren verjährt.

84 Außerdem läuft die Arbeit derzeit kaum digitalisiert ab und es fehlt der Zugang zu  
85 polizeilichen Daten, um bspw. zu überprüfen, ob schon Ermittlungen laufen oder nicht.

86 Außerdem klagen die Landeskriminalämter, dass die Arbeit zu langsam und zu schlecht  
87 läuft. Hier rächt sich auch der Wechsel der FIU vom BKA zum Zoll, wo zu wenig Beamte  
88 mit dieser großen Aufgabe konfrontiert wurden. Derzeit sind etwa 600 Personen bei der  
89 FIU angestellt und bis 2026 sollen es mehr als 700 werden. Ihr fehlt es aber auch an  
90 spezialisiert geschultem Personal.

91 Zum Vergleich: Die Guardia di Finanza in Italien geht gegen organisierte  
92 Kriminalität, Steuerhinterziehung und Korruption vor. Dafür hat sie kriminalistisch  
93 geschultes Personal, verfügt insgesamt über 60.000 Mitarbeitenden und kann  
94 verdächtiges Vermögen einziehen.

95 Wir begleiten daher kritisch den Prozess des Bundesfinanzministers, einen  
96 Gesetzentwurf für eine „Bundesbehörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität“  
97 vorzulegen, in der die FIU angesiedelt sein soll. Wir erwarten strukturelle  
98 Besserungen in der Bekämpfung der Geldwäsche und hoffen, dass durch diese neue  
99 Bundesbehörde die Geldwäschebekämpfung nicht droht, noch weiter zu stocken.

#### 100 **Geldwäsche vor Ort nachgehen: Wo kein Kläger, da kein Richter?**

101 Der Kontrollbericht über die FIU der sog. Financial Action Task Force, kurz FATF,  
102 das internationale Anti-Geldwäschegremium, in diesem Jahr fiel nämlich erneut  
103 durchwachsen aus. Alleine schon die undurchsichtigen Eigentümer\*innen-Strukturen von  
104 Vermögenswerten stellen eine große Einladung für Geldwäsche dar aber auch die  
105 Kontrolle des Nicht-Finanzsektors (also die meldepflichtigen Händler\*innen, bspw.  
106 Autohändler\*innen, Schmuckhändler\*innen, uvm.) ist sehr mangelhaft.

107 Im Schnitt wird vor Ort alle 200 Jahre geprüft, ob die Nachweise korrekt geprüft und  
108 Meldungen richtig eingereicht worden sind. Die Kontrollen sind so sparsam, dass 2020  
109 der Bundesrechnungshof bei einer Untersuchung der Kontrollen des Nicht-Finanzsektors  
110 zum Ergebnis kam, dass es „keine wirksame Geldwäscheaufsicht“ gibt. Das liegt auch an  
111 den mangelnden Stellen für die Vor-Ort Prüfung und der fehlenden Bargeldobergrenze.  
112 Derzeit muss man lediglich bei einem Betrag von mindestens 10.000 Euro die Identität  
113 feststellen und aufzeichnen.

114 Aber darüber hinaus ist es nicht immer möglich die behördlichen Ermittlungen in  
115 Angriff zu nehmen. Denn Geldwäscheermittlungen können nur im Zusammenhang mit  
116 Ermittlungen zur Vortat, die eben verschleiert werden soll, erfolgen. Weil die Essenz  
117 der Geldwäsche gerade aber darin besteht, den Zusammenhang zwischen Transaktion und  
118 Vortat zu verschleiern, können die Strafverfolgungsbehörden meistens gar nicht erst  
119 anfangen zu ermitteln. Vor allem da in den Strafverfolgungsbehörden Personal fehlt,  
120 um dem komplexen Verfahren gerecht zu werden, fallen Ermittlungen zu Geldflüssen und  
121 organisierter Kriminalität der einfacheren Aburteilung der Vortat zum Opfer.

#### 122 **Forderungen:**

123 Damit Deutschland nicht mehr als Paradies für Geldwäsche dient fordern wir:

- 124 • eine Verbesserung der statistischen Datenlage:

125 Eine bessere statistische Grundlage würde die wissenschaftliche Analyse verbessern.  
126 Des Weiteren ist eine verbesserte Kriminalstatistik notwendig, um zielgenau zu  
127 handeln und notwendige Maßnahmen abzuleiten. Dazu zählen sektorspezifische Analyse  
128 bspw. zu den Eigentümer\*innenstruktur auf dem Immobilienmarkt, Umsätzen in  
129 bargeldintensiven Branchen uvm.. Des Weiteren sollen die bestehenden Register, wie

- 130 das Grundbuch und Bankkontenregister im Eiltempo digitalisiert werden.
- 131 • Einen Ermittlungsfokus der Strafverfolgungsbehörden auf Geldwäsche
- 132 Geldwäsche dient gerade dazu, die Verbindung zur Vortat zu verschleiern. Die
- 133 Beweisbarkeit einer Verbindung zur Vortat ist daher oftmals erschwert, sodass es gar
- 134 nicht erst zu Ermittlungen wegen Geldwäsche kommt. Dennoch muss Geldwäsche konsequent
- 135 verfolgt werden und stärker in den Fokus von Polizei und Staatsanwaltschaft rücken.
- 136 • Die Sanktionierung von Verstößen gegen Meldepflichten nach dem Geldwäschegesetz,
- 137 um diese effektiv durchzusetzen
- 138 • die Schaffung eines wirksamen Instruments zur Vermögenseinziehung!
- 139 Behörden sollen die Möglichkeit haben, nach dem Vorbild anderer Länder
- 140 Vermögenswerte, welche im Zusammenhang mit Geldwäsche stehen und eine Wertgrenze von
- 141 100.000 Euro überschreiten, zu beschlagnahmen, bzw. Konten einzufrieren.
- 142 • eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der zuständigen Behörden:
- 143 • einen Pakt für den Rechtsstaat zwischen Bund und Ländern für die Bekämpfung von
- 144 Geldwäsche:
- 145 In diesem Zusammenhang soll der Austausch von Informationen zwischen Behörden wie
- 146 z.B. dem Finanzamt und der FIU, wie auch der Aufteilung von Zuständigkeiten
- 147 verbessert werden.
- 148 • einen verbesserten Austausch und Kommunikation zwischen zum Melden
- 149 Verpflichteter und den Behörden.
- 150 Behörden sollen die aktuellen Trends in der Geldwäsche analysieren und die Meldenden
- 151 darüber informieren. Dazu sollen die aktuellen Merkmale zur Erkennung von Geldwäsche
- 152 übermittelt werden, um die Meldequalität zu verbessern. Dadurch müssen die zum Melden
- 153 Verpflichteten, wie Banken, Notar\*innen usw. nicht mehr alles überwachen, sondern
- 154 können gezielt an Hand der Merkmale prüfen und melden.
- 155 • Eine Bargeldobergrenze von 1000 Euro.
- 156 Waren, deren Wert 1000 Euro überschreitet, sollen demnach nur noch per Rechnung,
- 157 Lastschrift oder EC-Karte gekauft werden können. Ziel ist dabei nicht, den
- 158 alltäglichen Gebrauch von Bargeld einzuschränken. Vielmehr soll es erschwert werden,
- 159 Gelder aus illegalen Aktivitäten durch z.B. dem Kauf und Verkauf von Gebrauchtwagen
- 160 oder Schmuck zu waschen.